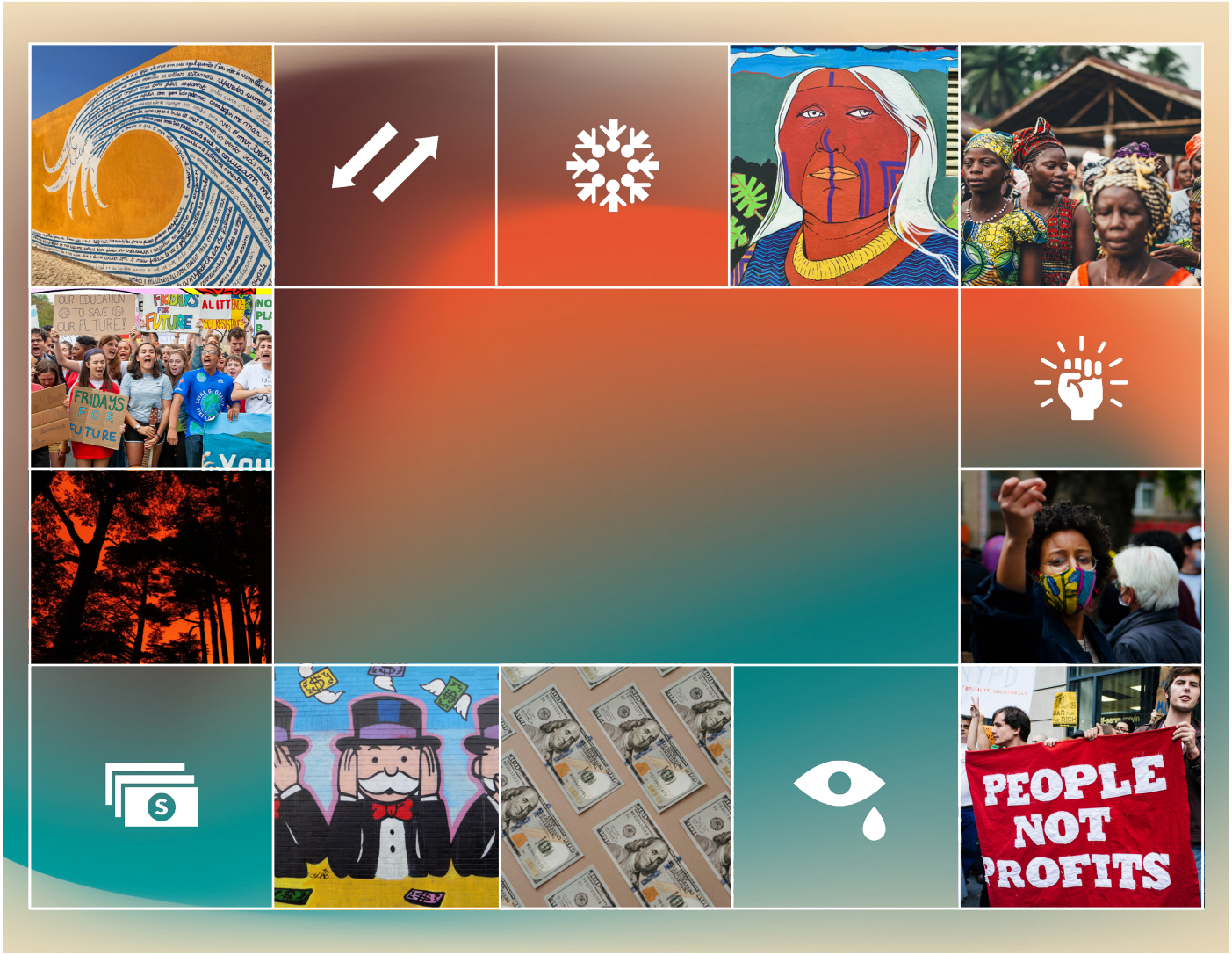
KRISEN DER UNGLEICHHEIT

Machtstrukturen ändern für einen neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrag



UNRISD
United Nations Research Institute for Social Development

United Nations Research Institute for Social Development

Das Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung (UNRISD) ist ein unabhängiges Forschungsinstitut innerhalb des Systems der Vereinten Nationen, das interdisziplinäre Forschung und politische Analysen zu den sozialen Dimensionen aktueller Entwicklungsfragen durchführt. Mit unserer Arbeit wollen wir sicherstellen, dass soziale Gleichheit, Inklusion und Gerechtigkeit im Mittelpunkt des entwicklungspolitischen Denkens und auch von Politik und Handeln stehen.

UNRISD ist vollständig auf freiwillige Beiträge von nationalen Regierungen, multilateralen Gebern, Stiftungen und anderen Quellen angewiesen und erhält keine finanzielle Unterstützung aus dem regulären Haushalt der Vereinten Nationen. Wir danken unseren Finanzierungspartnern, der schwedischen Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit (Sida), der schweizerischen Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), dem finnischen Ministerium für Soziales und Gesundheit, dem deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), der spanischen Agentur für internationale Zusammenarbeit (AECID) und der Robert Bosch Stiftung für die Unterstützung.

Copyright © Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung (UNRISD). Kurze Auszüge aus dieser Veröffentlichung dürfen ohne Genehmigung unverändert und unter Angabe der Quelle vervielfältigt werden. Das Recht zur Vervielfältigung oder Übersetzung ist bei UNRISD zu beantragen. UNRISD begrüßt derartige Anträge.

Die in dieser Publikation verwendeten Bezeichnungen und die Darstellung des Materials bedeuten nicht, dass UNRISD irgendeine Meinung über den rechtlichen Status eines Landes, eines Territoriums, einer Stadt oder eines Gebiets oder seiner Behörden oder über den Verlauf seiner Grenzen zum Ausdruck bringt.

ISBN 978-92-9085-132-5

Januar 2023

UNRISD
Palais des Nations
1211 Geneva 10, Switzerland
www.unrisd.org
info.unrisd@un.org

Eine Liste von Fehlern oder Auslassungen, die nach der Drucklegung festgestellt wurden, finden Sie unter www.unrisd.org/crises-of-inequality

KRISEN DER UNGLEICHHEIT

Machtstrukturen ändern für einen neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrag

Danksagungen

Forschung und Verfassen dieses Berichts wurden von Katja Hujo und Maggie Carter durchgeführt. Megan Egler und Aditya Pant leisteten inhaltliche Unterstützung. Die Beiträge von Paul Ladd, Isabell Kempf, Peter Utting, Ilcheong Yi, Francisco Cos-Montiel, Dunja Krause, Vicente Paolo B. Yu III, Paramita Dutta, Osiame Molefe und Rafael Ponte werden dankend anerkannt. Das Design des Berichtes wurde von Sergio Sandoval entworfen und vom UNRISD-Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeitsteam unter der Leitung von Karima Cherif und mit Unterstützung von Joannah Caborn Wengler, Osiame Molefe und Nicole Harris erstellt. Das Lektorat des Berichts wurde vom Team Bourchier durchgeführt.

Der Bericht wurde von einer Beratergruppe unterstützt, der Rania Antonopoulos, Karina Batthyány, Chee Yoke Ling, Giovanni Andrea Cornia, Gabriele Koehler, Ben Phillips, Frances Stewart, Sirjana Subba und Dzodzi Tsikata angehörten. Der Bericht hat sowohl von externen Gutachten als auch von Kommentaren profitiert, die im Rahmen eines globalen Konsultationsprozesses erstellt wurden. Eine vollständige Liste der Danksagungen finden Sie im Originalbericht.

Inhalt des Überblicks

Kernaussagen des Berichts 1

2

TEIL I

Die Welt in der Zerreißprobe: Ungleichheit, Krise und ein gebrochener Gesellschaftsvertrag

Einleitung 2

6

TEIL II

Ungleichheiten in Zeiten der Krise: Ein Teufelskreis

Systembedingte Krise 6

Das Zeitalter der Ungleichheit: Intersektionelle Ungleichheiten und Macht 12

17

TEIL III

Ein neuer ökosozialer Gesellschaftsvertrag für Gleichheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit

Auf dem Weg zu einem neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrag: Akteure, Bündnisse und Strategien 17

Ein neues Entwicklungsmodell für soziale, wirtschaftliche und Umweltgerechtigkeit 20

Endnoten 27

Literaturhinweise 30

Liste der Textboxen und Abbildungen

Kasten 0.1 Transformative Klimaanpassung in Küstenstädten: Lehren aus Ho Chi Minh City und Jakarta 9

Kasten 0.2 Universitäten und soziale Ungleichheiten im globalen Süden 14

Kasten 0.3 Neuverhandlung des Gesellschaftsvertrages nach dem Estallido Social (Sozialer Ausbruch) in Chile 18

Kasten 0.4 Förderung der SSÖ durch öffentliche Maßnahmen: Leitlinien für lokale Regierungen — Dakar 23

Abbildung 0.1 Globale Wohlstandsverteilung 3

Abbildung 0.2 Globale Trends 4

Abbildung 0.3 Krisen und Ungleichheit 7

Abbildung 0.4 Globale Einkommensungleichheit innerhalb und zwischen Ländern, 1920-2020 13

Abbildung 0.5 Ein neues Entwicklungsmodell für soziale, wirtschaftliche und Umweltgerechtigkeit 21

Vorwort zum Bericht

Die Welt befindet sich in einer tiefen Krise, konfrontiert mit gewaltsamen Konflikten und tief verwurzelten politischen Spaltungen sowie einer Krise der Lebenshaltungskosten, die sowohl den globalen Norden als auch den Süden betrifft. Dazu kommt die existenzielle Bedrohung durch die Klimakrise, die sich in extremen Wetterereignissen manifestiert, während wir immer noch mit den verheerenden Folgen der Covid-19-Pandemie zu kämpfen haben.

Dieser Bericht – *Krisen der Ungleichheit: Machtstrukturen ändern für einen neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrag* zeigt, dass es einen roten Faden gibt, der diese Krisen miteinander verbindet: wachsende wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten, die Krisen verursachen und als Ergebnis von ihnen verstärkt werden.

Unser derzeitiges System führt dazu, dass der Reichtum sich immer stärker an der Spitze der Verteilungspyramide konzentriert und kaum Möglichkeiten für breitenwirksamen Wohlstand lässt. Es zerstört unsere Umwelt und unser Klima durch übermäßigen Konsum und Verschmutzung und wälzt diese Kosten auf diejenigen ab, die wenig verbrauchen und am wenigsten verschmutzen. Die zunehmende Ungleichheit bei Einkommen, Wohlstand, Chancen und sozialen Folgewirkungen geht einher mit der Ungleichheit beim Zugang zu Rechten und Partizipation, die in vielen Teilen der Welt bedroht ist.

Zusammengenommen führen die Ungleichheiten zu multiplen Krisen und Schocks, die Auswirkungen weiter verschlimmern. Jede Krise spielt sich innerhalb bestehender Ungleichheitsstrukturen ab. Dies bedeutet unweigerlich, dass diejenigen, die bereits benachteiligt oder ausgeschlossen sind, die schlimmsten Folgen zu spüren bekommen, während diejenigen, die über mehr Ressourcen verfügen, in der Lage sind, sich abzuschirmen und schneller zu erholen. Viele Menschen sind ausgegrenzt und entrechtet und haben das Gefühl, dass für sie nicht die gleichen Regeln gelten wie für die Eliten.

Our Common Agenda, ein klarer Aufruf zu mehr Solidarität im nächsten Vierteljahrhundert, verweist auf die Notwendigkeit eines erneuerten Gesellschaftsvertrags, der für das 21. Jahrhundert geeignet ist: ein Vertrag, der auf die gemeinsamen Herausforderungen, vor denen wir stehen, reagiert und das Vertrauen wiederherstellt; ein Vertrag, der alle Menschen stärker einbezieht und unsere natürliche Umwelt respektiert.

Der vorliegende Bericht macht es sich zur Aufgabe, einen solchen Gesellschaftsvertrag zu entwerfen, einen neuen ökosozialen Vertrag, der die Klimakrise aufhält und soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit in unseren globalisierten Gesellschaften fördert. Dies erfordert universelle Sozialpolitik zu stärken, eine Umgestaltung unserer Volkswirtschaften, um Wohlstand und nachhaltigen Fortschritt in den Vordergrund zu stellen und weltweite Solidarität in einem erneuerten Multilateralismus.

Diese Analyse ist für ein breites globales Publikum von großer Bedeutung, um Krisen zu vermeiden und abzumildern und auf eine neue Welt hinzuarbeiten, die sich in Richtung Gleichheit, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit bewegt. Ich hoffe, dass dieser Bericht sowohl informativ als auch inspirierend ist.

Paul Ladd
Direktor, UNRISD

Kernaussagen des Berichts

EINS

Unsere Welt befindet sich in einer Zerreißprobe, konfrontiert mit schweren Krisen, wachsenden Ungleichheiten und sich auflösenden Gesellschaftsverträgen. Jetzt ist es an der Zeit zu handeln, um unsere Zukunft zu sichern und einen neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrag mitzugestalten, der den Menschen und dem Planeten zugutekommt.

●○○○○

ZWEI

Die heutigen extremen Ungleichheiten, die Umweltzerstörung und die Krisenanfälligkeit sind kein Fehler des Systems, sondern ein Merkmal desselben. Nur ein groß angelegter systemischer Wandel kann diese katastrophale Situation stoppen.

○●○○○

DREI

Die Ungleichheit ist Treiber, Verstärker und Folge mehrerer, sich überschneidender Krisen — wirtschaftlicher, sozialer, politischer und ökologischer Art. Das Ergebnis ist ein Teufelskreis, der die Grundlage für das menschliche Leben auf diesem Planeten zerstört und die Aussichten auf ein würdiges und friedliches Leben für alle untergräbt. Vulnerable und marginalisierte Gruppen, die mit sich überlappenden und gegenseitig verstärkenden Ungleichheiten und Diskriminierungen konfrontiert sind, sind am stärksten betroffen und fallen weiter zurück. Die Eliten hingegen können sich weitgehend vor den negativen Krisenauswirkungen schützen und diese oft sogar zu ihrem eigenen Vorteil ausnutzen.

○○●○○

VIER

Wir können Wege zu einem neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrag schaffen, der auf einer Vision von Gerechtigkeit, Gleichheit und Nachhaltigkeit aufbaut. Dazu brauchen wir ein neues Entwicklungsmodell mit drei Grundpfeilern: alternative Wirtschaftsansätze, die Umwelt- und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen und die Beziehungen zwischen Staat, Markt, Gesellschaft und Natur neu ausbalancieren; eine transformative Sozialpolitik auf der Grundlage eines fairen Fiskalpakts; und eine neue Vision von Multilateralismus und Solidarität.

○○○●○

FÜNF

Diejenigen, die an der Macht sind, arbeiten daran, ein System zu bewahren und aufrechtzuerhalten, welches die Wenigen auf Kosten der Mehrheit begünstigt. **Nur wenn wir die bestehenden Machtstrukturen neu ausbalancieren und neue Allianzen schaffen, können wir einen transformativen Wandel erreichen.** Progressive politische Entscheidungsträger, integrative Koalitionen, aktive Bürgerinnen und Bürger und soziale Bewegungen müssen zusammenkommen, um gemeinsam einen neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrag für Klima- und soziale Gerechtigkeit zu beschließen.

○○○○●

TEIL I

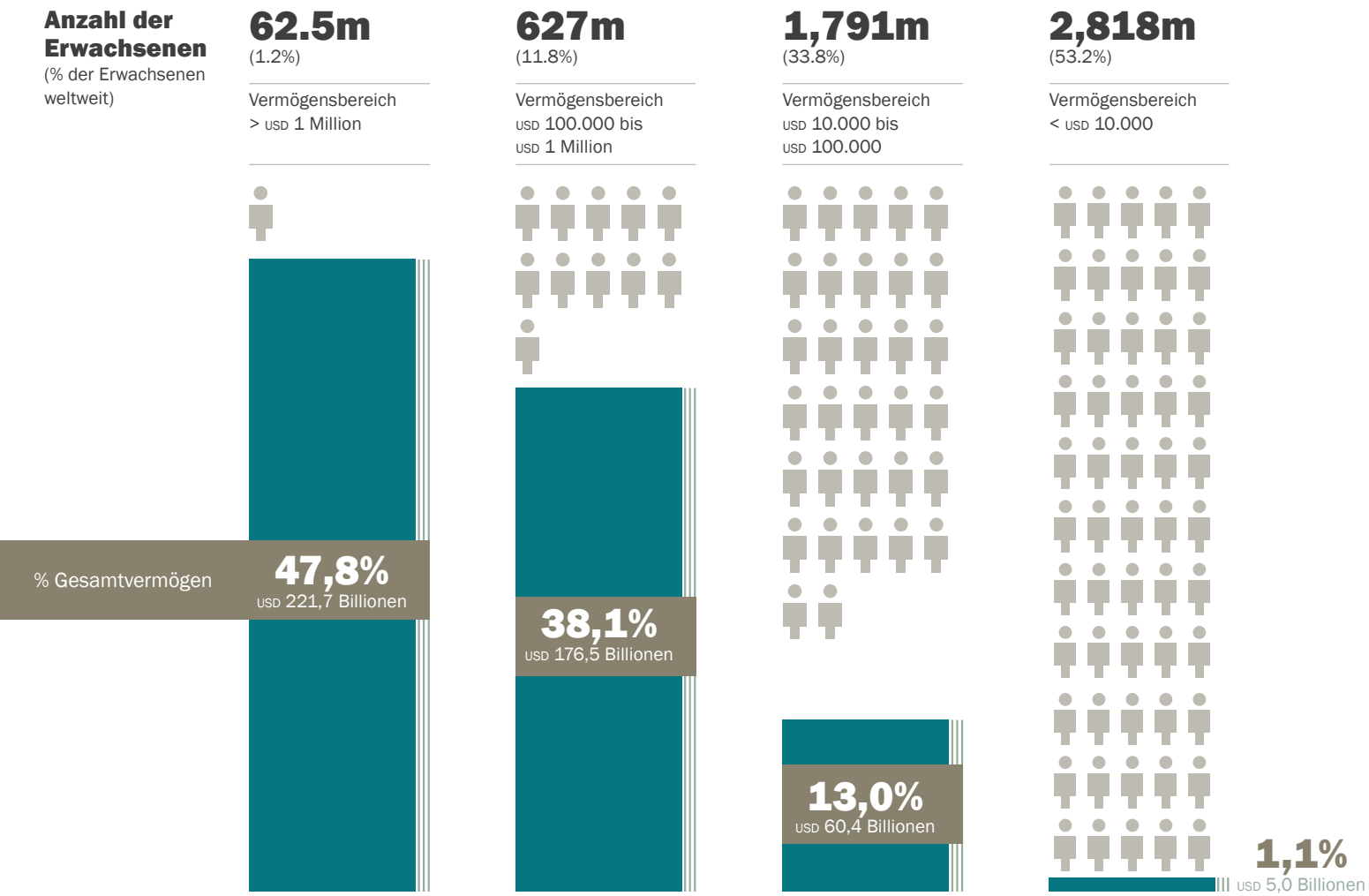
Die Welt in der Zerreißprobe:
Ungleichheit, Krise und ein gebrochener Gesellschaftsvertrag

Einleitung

Es gibt vielleicht kein aussagekräftigeres Beispiel für die Art und Weise, wie unsere derzeitige Weltordnung auf Ungerechtigkeit ausgerichtet ist, als die Covid-19-Pandemie, die gleichzeitig so universell ist und von Mensch zu Mensch und von Ort zu Ort so unterschiedlich erlebt wird. Die Zeit seit der Entdeckung des Virus Anfang 2020 war gekennzeichnet durch unzählige Todesopfer, einen schweren wirtschaftlichen Abschwung, die Verschlechterung vieler Indikatoren für menschliche Entwicklung und eine allgemeine Zunahme der Armut. Gleichzeitig brachte die Pandemie aber auch erhebliche Gewinne für eine sehr kleine Gruppe von Menschen, da sich die Konzentration des Reichtums im obersten Einkommensbereich seit Beginn der Pandemie verstärkt hat. Eine solch extreme Zunahme menschlichen Leids bei gleichzeitiger ebenso extremer Zunahme von Profit und Privilegien zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der jüngsten Krisen und spitzt sich jedes Jahr weiter zu. Mit dem Schwerpunkt auf Ungleichheit geht dieser Bericht von der Prämisse aus, dass ein System, in dem eine globale Gesundheitskrise den Reichtum der zehn reichsten Männer der Welt verdoppeln kann (Abbildung O.1)[1] und gleichzeitig mehr als 120 Millionen Menschen in extreme Armut stürzt,[2] einen gebrochenen Gesellschaftsvertrag signalisiert, der viele Menschen zurücklässt und unseren Planeten nicht zu schützten vermag.

> **Der Schaden, den Covid-19, HIV und andere Pandemien anrichten, ist nicht das Ergebnis der Viren allein, sondern der Art und Weise, wie sie in den Rissen unserer ungleichen Gesellschaft Platz finden und diese weiter vertiefen.**
>
> *–Winnie Byanyima*
> *Exekutivdirektorin, UNAIDS*

Abbildung 0.1 Globale Wohlstandsverteilung



Datenquelle: Credit Suisse (2022)

Noch vor sieben Jahren schien sich die Welt auf einen hoffnungsvolleren Weg zu begeben. Im Jahr 2015 einigte sich die internationale Entwicklungsgemeinschaft auf eine ehrgeizige Agenda, um „unsere Welt zu transformieren". In der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung wurde eine noch nie dagewesene umfassende und transformative Entwicklungsvision festgeschrieben.[3] Im Gegensatz zur Ära der Millenniumsentwicklungsziele enthält die neue Agenda eine ausdrückliche Verpflichtung zur Verringerung der Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Ländern, wie in Ziel 10 für nachhaltige Entwicklung festgelegt. Nur noch acht Jahre verbleiben, um dieses Ziel in die Tat umzusetzen, und im Angesicht einer Reihe von Herausforderungen ist der Kontext für die Verwirklichung der Vision der Agenda 2030 noch nie so entmutigend gewesen wie heute. Dazu gehören die beispiellose Konzentration von Reichtum und Einkommen und die ungleichen Fortschritte bei der Armutsbekämpfung,[4] die Vereinnahmung politischer Prozesse und Institutionen durch Eliten,[5] die zunehmende Sparpolitik, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und der Abbau des Staates,[6] Nationalismus und Rechtsextremismus sowie das Zurückdrängen von Gleichheits- und Menschenrechtsdiskursen und -bewegungen,[7] Unsicherheit, Konflikte und die wachsende Zahl von Flüchtlingen,[8] die technologische Entwicklung, die neue Gräben innerhalb und zwischen den Ländern schafft,[9] sowie die Klimakrise und der Verlust der biologischen Vielfalt, die unsere Existenz bedrohen.[10] Die Covid-19-Pandemie hat die zersetzenden Auswirkungen des derzeitigen Systems und die daraus resultierende Ungleichheit verschärft[11] und seine mangelnde Widerstandsfähigkeit gegenüber Schocks offenbart, während im Zusammenhang mit Russlands jüngstem Krieg gegen die Ukraine die Energie- und Lebensmittelpreise in die Höhe geschnellt sind und schwere geopolitische Spannungen entstanden sind. Das Ergebnis ist eine zerrissene Welt, in deren Mittelpunkt die Ungleichheit steht.

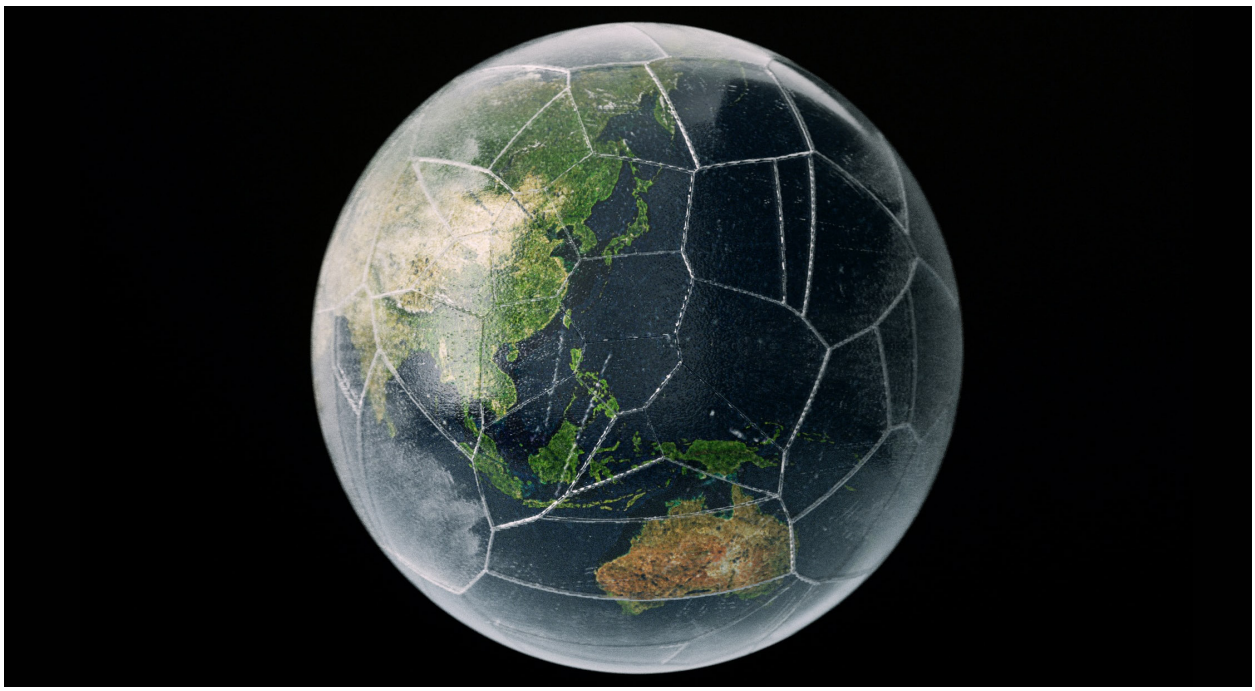
Abbildung 0.2 Globale Trends

Ungleichheit ist sowohl die Ursache als auch der Verstärker zahlreicher Krisen – wirtschaftlicher, sozialer, politischer und ökologischer Art. Die beispiellose Konzentration von Vermögen und Einkommen bei Einzelpersonen, Gruppen und Unternehmen ist ein entscheidendes Merkmal der heutigen Zeit, die durch miteinander verbundene und sich verstärkende Krisen gekennzeichnet ist, die als endogen für das derzeitige Wirtschaftssystem verstanden werden können.[12] In den letzten drei Jahrzehnten hat das oberste 1 Prozent der Menschheit fast 20 Mal so viel Vermögen angehäuft wie die unteren 50 Prozent.[13] Diese Vermögens- und Einkommenskonzentration an der Spitze ist sowohl ein Ergebnis als auch eine Triebkraft der Macht der Eliten.[14]

Empirische Belege zeigen, dass Ungleichheit in allen Dimensionen äußerst schädlich für unsere Gesellschaften und Volkswirtschaften ist und die wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung, das Wohlergehen und die Gesundheit, die Demokratie, gesellschaftliche Teilhabe und den sozialen Zusammenhalt sowie die soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit untergräbt.[15]

Während Ungleichheit innerhalb der Länder und zwischen den Ländern infolge der neoliberalen Politik und der jüngsten Krisen weiter zunimmt, sind vulnerable Gruppen besonders stark betroffen.[16] Hautfarbe, ethnische Zugehörigkeit, Kaste, Staatsbürgerschaft, Geschlechtsidentität, sexuelle Orientierung, Alter, Behinderung und eine Reihe anderer Faktoren spielen nach wie vor eine entscheidende Rolle bei der Bestimmung der Verwirklichungschancen und sozialen Erfolgen von Menschen.[17]

Das derzeitige Gefühl der Krise und Unsicherheit steht im Gegensatz zu den beträchtlichen Entwicklungsfortschritten, die seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weltweit zu verzeichnen sind, darunter die Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung für die Mehrheit der Menschen auf der Erde, die Verringerung der Armut, eine höhere Lebenserwartung, Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter, Fortschritte beim Abbau verschiedener Formen der Diskriminierung, verbesserte Verwirklichungschancen und ein umfassender Zugang zu Technologie. Diese Vorteile sind jedoch ungleich verteilt, und die Errungenschaften der Vergangenheit können in Krisenzeiten schnell wieder untergraben werden.[18]



Das gegenwärtige Krisenmoment ist nicht im luftleeren Raum entstanden, sondern im Gefolge verschiedener Trends, darunter Globalisierung, technologischer Fortschritt, demografischer Wandel – wie Alterung, Migration und Verstädterung – und sich verändernde globale Machtstrukturen (Abbildung O.2). Diese langfristigen Trends haben einerseits Chancen für den menschlichen Fortschritt in Form von Wachstum, Reduzierung der Armut und Wohlstand eröffnet. Andererseits haben sie häufig zu sehr ungleichen Entwicklungsergebnissen innerhalb und zwischen den Ländern und in Bezug auf verschiedene soziale Gruppen sowie zu neuen Risiken und tiefgreifenden Umweltauswirkungen geführt. In diesem Bericht wird argumentiert, dass dieses Ergebnis zum Teil auf die Art und Weise zurückzuführen ist, in der die langfristigen Trends durch politische Massnahmen im Zusammenhang mit dem neoliberalen Wandel geprägt wurden, der in den frühen 1980er Jahren von mehreren Ländern des globalen Nordens vorangetrieben wurde. Dieser Wandel hat einen Teufelskreis aus wachsender Ungleichheit, Instabilität und Krise geschaffen.[19] In diesem Prozess wurden Gewinne ungleich verteilt, während die Kosten auf subalterne Gruppen, die Länder des globalen Südens und die Umwelt abgewälzt wurden,[20] wodurch Gesellschaftsverträge ausgehöhlt und die globalen Gemeingüter zerstört wurden.[21]

Um zu verstehen, wie es zu dieser Situation gekommen ist, analysiert der Bericht, wie das Zeitalter der neoliberalen Globalisierung und die damit zusammenhängenden politischen Entscheidungen den Kern der gegenwärtigen Herausforderungen bilden, da sie den Weg für das aktuelle Modell einer nicht nachhaltigen Hyperglobalisierung geebnet haben, welches eine unausweichliche Schwerkraft in Richtung Ungleichheit und Krisen erzeugt. Es wird aufgezeigt, wie tiefe Risse durch Gesellschaften und Volkswirtschaften verlaufen, die sich in Ungleichheiten, Segregation, Polarisierung, Konflikten und sozialer Ausgrenzung manifestieren, und welche Ursachen sie haben. Es wird untersucht, wie Gesellschaftsverträge reformiert und in ökosoziale Verträge umgewandelt werden können, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen, Menschen und den Planeten zu schützen und uns auf einen nachhaltigeren Weg zu bringen.

In der heutigen Ära des Rentierkapitalismus ist es zu einer Plünderung der Gemeingüter gekommen. … In diesem Prozess haben sich die sozialen Ungleichheiten stärker verschärft, als es sich in Geldeinkommen messen lässt.

– Guy Standing
Professor und wissenschaftlicher Mitarbeiter, SOAS University of London

TEIL II

Ungleichheiten in Zeiten der Krise:
Ein Teufelskreis

In den letzten fünfzig Jahren hat man zugelassen, dass das effiziente Funktionieren des Marktes für das Streben nach privatem Profit jede Vorstellung vom öffentlichen Wohl verdrängt hat.

–Mariana Mazzucato
Professorin, University College London

Systembedingte Krise

Wenn wir einen genaueren Blick auf das System werfen, das ein Zeitalter der Krise eingeläutet hat, verstehen wir, dass die daraus entstandene Ungleichheit, Umweltzerstörung und mangelnde Widerstandsfähigkeit kein unglückliches Nebenprodukt sind, sondern von vornherein eingebaut waren. Wie dieser Bericht zeigt, sind Ungleichheit und Krise eng miteinander verknüpft und in einer Eskalationsspirale miteinander verbunden, wobei sich beide gegenseitig verstärken und zu einer Situation extremer Vulnerabilität, Ungleichheit und Mangel an Nachhaltigkeit führen.

Wir verstehen Krisen als systemische Bedrohungen und Störungen, die Lebensgrundlagen und soziale Versorgung untergraben und individuelle oder kollektive Bewältigungsmechanismen beinträchtigen, was häufig zu einem Verlust vergangener Errungenschaften und hart erkämpfter Fortschritte führt und vulnerable und marginalisierte Gruppen weiter zurückwirft.[22]

Unser derzeitiges Wirtschaftsmodell der neoliberalen Hyperglobalisierung produziert und reproduziert Ungleichheiten, ist anfällig für Konjunkturschwankungen und schafft es nicht, innerhalb der planetaren Grenzen zu bleiben. Stattdessen dient die Wirtschaft der Schaffung und Reproduktion von Krisen in verschiedenen Bereichen (siehe Abbildung O.3).[23] Diese reichen von Wirtschafts- und Finanzkrisen über die Krise des Klimawandels, des Verlusts der biologischen Vielfalt, der Umweltverschmutzung und der nicht nachhaltigen Ressourcennutzung bis hin zu einer Fürsorgekrise, die sich in einem Mangel an Pflege und Betreuung für die, die Betreuung benötigen und einer überproportionalen Belastung von Frauen mit unbezahlter Sorgearbeit äußert.

Abbildung 0.3 Krisen und Ungleichheit

Wirtschaftskrise

KRISE

Die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008-9 führte zu:[24]

1,8% ↓ der weltweiten Produktion

9,9% ↓ des Welthandels

9,0% ↓ der Investitionen

In den USA beliefen sich die zugesagten Hilfen für den Finanzsektor in den Jahren 2008-10 auf 5.197 Mrd. USD, während die angekündigten fiskalpolitischen Stimulierungsmaßnahmen nur 829 Mrd. USD erreichten.[27]

114 Als Teil ihrer **Sparmaßnahmen** sanken die Ausgaben von 114 Ländern um 2,4 % des BIP im Jahr 2010-11.[25]

Finanzkrisen reduzieren den Anteil von Frauen an der formellen Erwerbsbevölkerung und ihre Präsenz in der Politik, und beeinträchtigen Bildungsniveau und Gesundheit.[28]

3,4% Die Covid-19-Krise führte zu einem **Rückgang der weltweiten Produktion** um 3,4 % im Jahr 2020.[26]

Die durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben für Konjunkturmaßnahmen betrugen in den Industrieländern 10.000 USD, in den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) dagegen 20 USD im Jahr 2020.[29]

UNGLEICHHEITEN

Umwelt- und Klimakrise

KRISE

1,1°C Der vom Menschen verursachte Klimawandel hat bereits zu einer **globalen Erwärmung** von etwa 1,1 °C geführt.[30]

Die reichsten 1 % der Weltbevölkerung stoßen mehr als doppelt so viel CO_2 aus wie die ärmsten 50 %.[33]

68% Der **Bestand an Wildtieren** ist seit 1970 um 68 % zurückgegangen.[31]

80 % aller Menschen, die derzeit in niedrig gelegenen Küstengebieten leben, die am stärksten durch den Meeresspiegelanstieg infolge des Klimawandels gefährdet sind, befinden sich in Entwicklungsländern.[34]

x5 In den letzten 50 Jahren hat sich die Zahl der **wetter-, klima- und wasserbedingten Katastrophen** verfünffacht.[32]

91 % der registrierten Todesfälle durch wetter-, klima- und wasserbedingte Katastrophen sind in Entwicklungsländern zu verzeichnen.[35]

UNGLEICHHEITEN

Sorgekrise

KRISE

2,1 Im Jahr 2015 waren 2,1 Milliarden Menschen auf der Welt **pflege- und betreuungsbedürftig**, und diese Zahl wird bis 2030 voraussichtlich auf 2,3 Milliarden ansteigen.[36]

Frauen leisten weltweit 76,2 % aller unbezahlten Sorgearbeit, 3,2 Mal so viel wie Männer.[39]

40% Mehr als 40 % aller Kinder unter dem Grundschulalter — das sind fast 350 Millionen — benötigen eine Kinderbetreuung, haben aber keinen **Zugang dazu**.[37]

Der Lohnnachteil* für weibliche bezahlte Pflegekräfte beträgt in Frankreich 29 % gegenüber 43,7 % in Mexiko.[40]

* Die Lohnlücke in der Sorgearbeit ist eine Lücke im Stundenlohn, die nicht auf Unterschiede bedingt durch Fähigkeiten, Erfahrung oder Zeugnisse zurückgeführt werden kann.[41]

16,4 16,4 Milliarden Stunden werden täglich für **unbezahlte Sorgearbeit** aufgewendet — das entspricht 2 Milliarden Menschen, die 8 Stunden pro Tag ohne Bezahlung arbeiten.[38]

Der tatsächliche Anteil von Menschen mit schweren Behinderungen, die Leistungen erhalten, lag 2015 in Asien und im Pazifik bei nur 9 %, während er in Europa bei über 90 % lag.[42]

UNGLEICHHEITEN

Politische Krise

KRISE

87% In 87% der Länder ist der **zivilgesellschaftliche Raum** stark eingeschränkt.[43]

Nur 26 % aller Sitze in den nationalen Parlamenten werden von Frauen besetzt.[46]

11.5% **Massenproteste** haben zwischen 2009 und 2019 in allen Regionen der Welt um durchschnittlich 11,5 % zugenommen.[44]

Auf die 90 größten (öffentlichen und privaten) Medienbesitzer entfallen 30-50 % des weltweiten Medienvermögens.[47]

77% Im Jahr 2020 äußerten 77 % der Befragten in Lateinamerika die Überzeugung, dass ihre Länder im **Interesse mächtiger Gruppen** und nicht zum Wohle aller regiert werden.[45]

Wenn sich reiche Wähler (5. Einkommensquintil) und arme Wähler (1. Einkommensquintil) in einer Frage nicht einig sind, stimmen die armen Wähler im Durchschnitt 31 % weniger mit ihren politischen Vertretern überein als die reichen.[48]

UNGLEICHHEITEN

Covid-19-Pandemie

KRISE

6,2 Während der Pandemie gab es 6,2 Millionen **offiziell gemeldete Todesfälle.**[49] Die inoffiziellen Schätzungen der Todesfälle waren im April 2022 mehr als doppelt so hoch.[50]

In den USA ist die Wahrscheinlichkeit, an Covid-19 zu sterben, für Hispano- und Afroamerikaner, und AIAN (American Indian and Alaskan Native) etwa doppelt so hoch wie für weiße Menschen.[53]

124 Im Jahr 2020 trieb die Covid-19-Krise bis zu 124 Millionen Menschen zusätzlich in die **extreme Armut**.[51]

Nur 20,9 % der Menschen in Ländern mit niedrigem Einkommen haben bis September 2022 mindestens eine Impfdosis erhalten, gegenüber 79,4 % in Ländern mit hohem Einkommen (bis April 2022).[54]

114 114 Millionen **Arbeitsplätze gingen** während der Pandemie verloren.[52]

Die 10 reichsten Männer der Welt verdoppelten ihren Reichtum während der Pandemie.[55]

Im Vergleich zum letzten Quartal 2019 ging die Zahl der Hausangestellten im zweiten Quartal 2020 in den meisten europäischen Ländern um 5-20 %, in Lateinamerika und der Karibik um etwa 50 % und in Peru um 70 % zurück.[56]

UNGLEICHHEITEN

Außerdem gibt es auch eine politische Krise, die durch zunehmende Machtasymmetrien, eine Ablehnung demokratischer Werte und Menschenrechte, schwindendes Vertrauen und eine erodierende staatliche Legitimität sowie ein noch nie dagewesenes Ausmaß an Protesten und gewaltsamen Konflikten gekennzeichnet ist. Die Covid-19-Pandemie hat die inhärenten Fehler dieses Systems offengelegt: sowohl in Bezug auf die Bedingungen, die zu ihr geführt haben, insbesondere der Raubbau der menschlichen Zivilisation an den natürlichen Ökosysteme, als auch in Bezug auf die Folgen, die sie hervorgebracht hat. Die Anerkennung dieser Tatsache würde es uns ermöglichen, eine kühnere Agenda für einen transformativen Wandel aufzustellen und die strukturellen Ursachen von Krisen und Ungleichheiten anzugehen.[57]

Wie sind wir zu diesem Modell gekommen? Trotz der Möglichkeiten, die die staatlich gelenkte Entwicklung und die frühe Globalisierung in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg für die Armutsbekämpfung und den sozialen Fortschritt boten, kam es in den frühen 1980er Jahren zu einem radikalen Wandel hin zum Marktfundamentalismus. Diese Entwicklung wurde von Regierungen und Institutionen im globalen Norden vorangetrieben und führte zu mehr Instabilität, Ungleichheit und asymmetrischer Entwicklung. Trotz der Bemühungen, den negativen Auswirkungen der Liberalisierungs-, Deregulierungs- und Privatisierungspolitik durch eine „soziale Wende" entgegenzuwirken — durch Ideen und Politiken, die soziale Fragen auf der Entwicklungsagenda um und nach dem UN-Sozialgipfel in Kopenhagen 1995 wieder in den Vordergrund rückten —, blieben grundlegende Herausforderungen unangetastet.[58] Strategien der sozialen Sicherheit konzentrierten sich auf die Armen durch Sozialhilfeprogramme (z. B. Geldtransfers, die mit Verhaltenskonditionen verbunden sind), während soziale Dienstleistungen, Beschäftigung und die makroökonomischen Ursachen von Ungleichheit und Krisen weiterhin außer Acht gelassen wurden.

Die Zeit der neoliberalen Wende war gekennzeichnet durch eine stockende Industrialisierung und eine Vielzahl von *Wirtschafts- und Finanzkrisen*, von den Schulden- und Strukturanpassungskrisen in Lateinamerika und Afrika südlich der Sahara, die in den 1980er Jahren zu einem „verlorenen Jahrzehnt" führten, bis hin zu den Banken-, Währungs- und Finanzkrisen, die Lateinamerika, Asien und die Transformationsländer in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion in den 1990er und frühen 2000er Jahren heimsuchten. Die Finanzkrise von 2008, die ihren Ursprung in den Vereinigten Staaten hatte und sich schnell auf die ganze Welt ausbreitete, offenbarte die schädlichen Auswirkungen der neoliberalen Politikwende auf Institutionen, Stabilität und Lebensgrundlagen sowie das blinde Vertrauen in Marktinstrumente zur Bewältigung wachsender Ungleichgewichte und sozialer Ausgrenzung. Die Krise führte zu einer schwerwiegenden Störung der Weltwirtschaft mit äußerst negativen Auswirkungen auf nationale Volkswirtschaften. Sie wurde durch Ungleichheiten ausgelöst, die sich in der Ära der neoliberalen Globalisierung aufgebaut hatten, insbesondere durch steigende Einkommens- und Vermögensungleichheiten.[59] Sie wurde ferner durch eine riskante Einbindung vulnerabler Gruppen in die Finanzmärkte vertieft. Strukturelle Faktoren wie Rassismus und geschlechtsspezifische Ungleichheit (insbesondere bei Alleinerziehenden) und eine sich verschlechternde Klassenverteilung der Einkommen trugen zur Krise bei.[60] Mit dem Fortschreiten der Krise nahmen die Ungleichheiten aufgrund der negativen Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte, das Vermögen der Haushalte und den Zugang zu öffentlichen Gütern weiter zu. Die politischen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise hatten unterschiedliche Auswirkungen auf die Ungleichheiten und begünstigten vor allem Großunternehmen, Banken und Gläubigerländer und weniger die vulnerablen Gruppen. Nach einer anfänglichen Reihe von antizyklischen Maßnahmen gewannen Sparmaßnahmen und Haushaltskonsolidierung an Bedeutung, als der fiskalische Spielraum erschöpft war und der Marktdruck zunahm.[61] Dies führte zu einer Verlangsamung der Wirtschaftserholung mit asymmetrischen sozialen Folgen, die als Große Rezession bekannt geworden ist.[62]

Zusätzlich zu den häufigen Wirtschafts- und Finanzkrisen ist die Welt mit einer beispiellosen *Umweltkrise* konfrontiert, die ihre Wurzeln im Kolonialismus und der ausbeuterischen Aneignung von Ressourcen des globalen Südens hat, die die Industrialisierung im globalen Norden gespeist hat, sowie in einem Wirtschaftssystem, das den Profit über die Menschen und den Planeten stellt.[63] Viele planetare Grenzen — die ökologischen Belastbarkeitsgrenzen, innerhalb derer sich die Menschheit nachhaltig entwickeln kann — sind überschritten worden mit ökologischen und sozialen Folgen, ohne dass grundlegende Entwicklungsstandards und soziale Rechte für alle erreicht wurden.[64] Der größte Teil des CO_2 in der Atmosphäre wird von den reichen Industrienationen erzeugt, wobei die Vereinigten Staaten und Europa ab 2020 für mehr als die Hälfte des weltweiten Gesamtausstoßes verantwortlich sind.[65] Zwischen 1990 und 2015 waren die reichsten 10 Prozent der Menschheit für 52 Prozent der kumulierten Emissionen verantwortlich, wobei allein auf das oberste 1 Prozent mehr als 15 Prozent entfielen.[66] Während arme und marginalisierte Menschen am wenigsten zum Klimawandel beitragen, sind sie am ehesten von ihm betroffen. Gleichzeitig haben sie die geringsten Ressourcen, um sich zu schützen (siehe Kasten O.1).

Kasten 0.1. Transformative Klimaanpassung in Küstenstädten: Lehren aus Ho Chi Minh City und Jakarta

Aufgrund der raschen und ungleichmäßigen Urbanisierung und des Wirtschaftswachstums leben in Küstenstädten viele Menschen, die durch die Klimaauswirkungen gefährdet sind. Die Zahl der städtischen Slumbewohner ist weiter gestiegen[a] und hat dazu geführt, dass immer mehr Menschen stark von Überschwemmungen bedroht sind und in überfüllten Wohnungen leben, deren Besitzverhältnisse unsicher sind, die schlechte Wasserversorgung und Abwasserentsorgung aufweisen, kaum Zugang zu sozialen Diensten haben und nicht in der Lage sind, sich bei den politischen Entscheidungsträgern Gehör zu verschaffen.[b] Die Stadterneuerung ist ein Versuch, diese Situation zu verbessern, indem prekäre Siedlungen entlang von Flüssen und Kanälen beseitigt werden, um Gefährdungen zu verringern und die Menschen in bessere Wohnungen umzusiedeln. In der Praxis hat dies jedoch dazu geführt, dass viele einkommensschwache und ausgegrenzte Menschen an den Stadtrand gedrängt wurden und ihre Lebensgrundlagen nicht mehr gesichert sind.

In Ho-Chi-Minh-Stadt sind Migranten mit niedrigem Einkommen die am meisten gefährdete Gruppe, da sie oft nicht als Bürger registriert oder anerkannt sind, was ihren Zugang zu Dienstleistungen der Verwaltung und Informationen einschränkt. Sie berichten von instabilen Lebensverhältnissen infolge von Stadterneuerungsprojekten sowie von mangelnder Transparenz bei der Projektplanung und -durchführung. Im Allgemeinen konzentrieren sich Stadterneuerungsprojekte meist auf technische Aspekte, während soziale und kulturelle Aspekte, einschließlich der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Lebensgrundlage von Betroffenen nach der Umsiedlung, unberücksichtigt bleiben.

In Jakarta hat sich die Beteiligung am städtischen Leben und die Kommunikation zwischen der Stadt und ihren Bewohnern verbessert, aber die allgemeine Entwicklungsvision für Jakarta ist nach wie vor die einer Weltstadt am Wasser, in der wenig bis gar kein Platz für informelle Siedlungen (*kampung*) ist. Forscher und Vertreter der Zivilgesellschaft haben auf den bedeutenden Wissens- und Erfahrungsschatz, die Kreativität und das Potenzial der Kampung-Bewohner hingewiesen, die schon seit langem mit Überschwemmungen leben und Anpassungsstrategien entwickelt haben. Während aus offizieller Sicht argumentiert wird, dass groß angelegte Infrastrukturmaßnahmen und Modernisierungsanstrengungen notwendig sind, um die Menschen in Jakarta zu schützen, stellt das Ignorieren von lokalem Anpassungswissen aus Kampung-Praktiken in der Stadtplanung die Fortsetzung von Business-as-usual-Ansätzen dar, die dazu neigen, Eliten zu begünstigen und bestehende Ungleichheiten zu reproduzieren.

Die UNRISD-Forschung hat gezeigt, dass viel getan werden kann, um den Bedürfnissen und Präferenzen der betroffenen Haushalte gerecht zu werden, wenn mehr Gewicht auf soziale Auswirkungen und Unterstützungssysteme gelegt wird. Eine transformative Stadterneuerung und integrative Anpassung erfordert Governance-Reformen, die ein Lernen aus lokalen Erfahrungen ermöglichen und das Potenzial individueller Führung und Innovation nutzen, das derzeit durch hierarchische Entscheidungsstrukturen untergraben wird.

[a] Dodman et al. 2019a; [b] Dodman et al. 2019b.

Quellen: Huynh und Nguyen 2020; Simarmata und Surtiari 2020; Tran und Krause 2020; UNRISD 2021a, 2021b.

Die Zerstörung unserer natürlichen Umwelt ist nicht die einzige Krise, die die Menschheit in der heutigen Zeit bedroht. Sorgearbeit, bezahlte und unbezahlte Pflege, Betreuung, Versorgung und Hausarbeit, ist eine gesamtgesellschaftliche Leistung, die von einer Vielzahl von Akteuren erbracht wird und die für die Aufrechterhaltung unserer sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Institutionen und für unseren sozialen Fortbestand unerlässlich ist. Die Kapazitäten der Gesellschaften, solche Formen der sozialen Reproduktion unter unserem derzeitigen Wirtschaftssystem zu erbringen, stehen jedoch unter starkem Druck.[67] Obwohl die soziale Reproduktion ein grundlegendes Merkmal der Organisation von Familien, Gesellschaften und Volkswirtschaften ist, wird sie in der Sozial- und Wirtschaftspolitik weitgehend vernachlässigt, was zu zahlreichen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten führt. Diese strukturellen Probleme bestehen zwar schon seit langem, aber die Covid-19-Pandemie hat diese Realität in den Vordergrund gerückt, da die zentrale Bedeutung der Sorgearbeit und die Überforderung der Systeme, die sie bereitstellen, immer deutlicher wurden. Dieses Ungleichgewicht zwischen dem Bedarf an Sorgeleistungen und dem Versagen der Systeme, diese auf faire und ethische Weise zu erbringen, macht die *Sorgekrise* aus. Die starke Betonung der sozialen Bereitstellung von Sorgeleistungen, insbesondere durch Haushalte, hinterlässt ein großes Defizit in der Pflege und Betreuung, das durch die Tatsache verschärft wird, dass die Zahl der sorgebedürftigen Menschen in der Welt wächst:[68] 2015 waren 2,1 Milliarden Menschen in der Welt sorgebedürftig, und es wird erwartet, dass diese Zahl bis 2030 auf 2,3 Milliarden steigt.[69] Und während die Zahl der sorgebedürftigen Menschen zunimmt, wird die soziale Versorgung durch sich verändernde soziale Arrangements, wie z. B. veränderte Geschlechter- und Familienstrukturen, immer schwieriger. Die Fortschritte bei den Rechten der Frauen haben dazu geführt, dass immer mehr Frauen am Arbeitsmarkt teilnehmen. Dies hat zu einer erhöhten Nachfrage nach Sorgeleistungen geführt, da Berufstätigkeit und

Betreuungsaufgaben miteinander vereinbart werden müssen, und es hat auch die Doppelbelastung der Frauen durch die Kombination von produktiver und reproduktiver Arbeit erhöht.[70] Darüber hinaus ist die institutionelle Versorgung mit Sorgeleistungen in den meisten Ländern der Welt unzureichend: Der Pflege- und Betreuungssektor ist seit jeher chronisch unterfinanziert, und die jüngsten Spartrends haben die staatlichen Leistungen noch weiter reduziert. Darüber hinaus wird der Zeit- und Ressourcenaufwand für Sorge- und Hausarbeit in hohem Maße von der Verfügbarkeit sozialer Dienste und der sozialen Infrastruktur wie Energie, Wasser und Verkehr sowie von der Qualität und Zugänglichkeit von Bildungs- und Gesundheitsdiensten beeinflusst.[71] Diese Faktoren wirken sich besonders stark auf Frauen aus, die einen unverhältnismäßig hohen Anteil an unbezahlter Arbeit übernehmen und im Durchschnitt dreimal so viele Stunden wie Männer für unbezahlte Sorge- und Hausarbeit aufwenden.[72] In der Zwischenzeit ist der bezahlte Pflege- und Betreuungssektor durch eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Unterbesetzung und niedrige Löhne gekennzeichnet und wird in Krisenzeiten oder bei politischen Veränderungen häufig weiter abgebaut.[73]

Der Sorgenotstand ist eine langfristige Systemkrise, die sich nach der globalen Finanzkrise von 2008 und der Covid-19-Pandemie noch verschärft hat.[74] Die Covid-19-Pandemie hat den wesentlichen Wert der bezahlten und unbezahlten Sorgearbeit sowie die mit dem Sektor verbundenen Ungleichheiten in Bezug auf Geschlecht, Klasse, Hautfarbe, ethnische Zugehörigkeit oder Kaste, Informalität und Migrantenstatus aufgezeigt. Ungleichheiten und unzureichende Investitionen in die Fürsorge führen zu einem erhöhten Risiko sowohl für die Betreuenden als auch für die Betreuungsbedürftigen, zu größeren wirtschaftlichen Verlusten für die Sorgedienstleister und die gesamte Wirtschaft sowie zu einem höheren Anteil an unbezahlter Sorgearbeit, die von Frauen und Mädchen geleistet wird, wodurch Zeitarmut entsteht und Verwirklichungschancen von Frauen und Mädchen untergraben werden.[75]

Politische Krisen verschiedenster Art machen täglich Schlagzeilen, von der Absetzung von Präsidenten durch das Militär über gewählte politische Führer, die in Korruptionsskandale verwickelt sind oder die demokratischen Institutionen allmählich untergraben, bis hin zu neuen militärischen Konflikten wie dem jüngsten russischen Einmarsch in der Ukraine, der zu einem brutalen Krieg geführt hat. Politische Krisen wirken sich auf die politische Ordnung aus und stellen bestehende

Der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik muss sich von einer engen Betonung der Marktproduktion und des Tauschs — insbesondere des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts — auf ein breiteres Ziel der sozialen Versorgung verlagern, das die Wirtschaft neu definiert und sowohl Markt- als auch Nichtmarktproduktion und -prozesse einschließt.

– James Heintz
Professor, Universität von Massachusetts Amherst

Gesellschaftsverträge in Frage, auch wenn nicht alle Krisen zu einem vollständigen Zusammenbruch oder radikalen Wandel der politischen Ordnung führen. Zu den Krisensymptomen gehören zunehmende Proteste und abnehmendes Vertrauen. Die Menschen gehen in einer noch nie dagewesenen Zahl auf die Straße, um wachsenden politischen und wirtschaftlichen Missständen und ihrer Unzufriedenheit mit der politischen Führung Ausdruck zu verleihen.[76] Ein Großteil der wachsenden Unzufriedenheit und Verdrossenheit in demokratischen kapitalistischen Regimen steht im Zusammenhang mit den in diesem Bericht analysierten vielfältigen Krisen, die sich negativ auf Gleichheit, soziale Mobilität und wirtschaftliche Sicherheit ausgewirkt haben.[77] Die Gründe für das schwindende Vertrauen werden hauptsächlich auf wirtschaftliche Unsicherheit und schlechte oder korrupte Regierungsführung,[78] aber auch auf die zunehmende Ungleichheit zurückgeführt.[79] Darüber hinaus wird das demokratische politische Gefüge durch den wachsenden politischen Einfluss von Großunternehmen, den schrumpfenden politischen Spielraum aufgrund technokratischer Politikgestaltung und politischer Konditionalitäten, die Regierungen delegitimieren,[80] sowie durch illiberale Demokratien und einen zunehmenden Populismus bedroht.[81]

Schließlich hat die *Covid-19-Krise* nicht nur die ungleichen Strukturen in unseren Gesellschaften offengelegt, sondern auch als Verstärker bestehender Ungleichheiten gewirkt und die weniger Mächtigen und Schwächeren weiter zurückgedrängt. Die Pandemie breitete sich schnell über den gesamten Globus aus und stellte die Gesundheitssysteme, die staatlichen Kapazitäten und die Resilienz der

Menschen vor eine große Herausforderung. Die Sterblichkeitsrate von schwarzen Amerikanern war 2,4-mal höher als die von weißen.[82] Frauen haben während der Covid-19-Krise häufiger ihren Arbeitsplatz verloren, was ihre Karriere und ihre finanzielle Sicherheit unterminierte.[83] Die Lockdowns haben geschlechtsspezifische Gewalt und Gewalt gegen LGBTIQ+-Personen verstärkt.[84] Die Pandemie hat auch die Probleme von Migranten und Migrantinnen und Flüchtlingen beim Zugang zu sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rechten in den Aufnahmeländern verschärft.[85] Personen, die in benachteiligten Stadtvierteln leben, haben schwerwiegendere Auswirkungen der Krankheit erfahren, sei es direkt in Form von Krankheitsfällen oder indirekt in Form von Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen und die Lebensqualität.[86] Der ungleiche Zugang zu neu entwickelten Covid-19-Impfstoffen von Ländern mit hohem Einkommen im Vergleich zu Ländern mit niedrigem Einkommen sowie die enormen Unterschiede bei den fiskalischen Ausgleichsmaßnahmen zwischen dem globalen Norden und Süden sind weitere Merkmale der Krise, die zeigen, wie bestehende globale Strukturen und ein Mangel an internationaler Solidarität die Ungleichheiten verstärken (siehe Abbildung O.3). Darüber hinaus waren die wirtschaftlichen Auswirkungen von Covid-19 weitaus gravierender als die der Finanzkrise 2008, insbesondere in Südasien und Afrika,[87] und führten zu einem Rückgang des globalen BIP um 3,4 Prozent im Jahr 2020. Gleichzeitig stieg die Zahl der extrem vermögenden Privatpersonen von 2020 bis 2022 um 50 Prozent.[88]

Zwar können sich einkommensstärkere Gruppen und Länder besser gegen die negativen Folgen des Klimawandels, vor Umweltkrisen und Pandemien schützen als einkommensschwächere Gruppen und Länder, doch erkennen sie zunehmend, dass sie sich nicht völlig von den Auswirkungen von Krisen und deren sozialen und politischen Folgen abkoppeln können. Krisenmomente bringen das konventionelle Denken über Entwicklungsstrategien ins Wanken, stellen akzeptierte Weltanschauungen infrage und bieten Gelegenheiten zum Umdenken und Umsteuern, weg vom „Business as usual“. Die Erkenntnis, dass alle von den globalen Gemeingütern und öffentlichen Gütern abhängen und dass niemand sicher ist, solange nicht alle sicher sind, eröffnet die Möglichkeit, einen neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrag zu schaffen, der auf mehr soziale Integration, Gleichheit und ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtet ist.

KERNAUSSAGEN KAPITEL 2

EINS

Ungleichheiten und Krisen sind nicht unvermeidlich, sondern zu einem großen Teil das Ergebnis politischer Entscheidungen. Unser globales Wirtschaftssystem hat ein Zeitalter der Krisen eingeläutet, in dem Ungleichheit, Umweltzerstörung und Bedrohungen der Resilienz von vornherein eingebaut sind.

●○○○○○

ZWEI

Die Wende zum Marktfundamentalismus hat die Ungleichheiten, die Instabilität und die systemischen Wirtschafts- und Finanzkrisen **verstärkt** und alle außer den Wohlhabendsten sehr anfällig für Schocks gemacht.

○●○○○○

DREI

Die Umwelt- und Klimakrise, die eng mit den globalen Ungleichheiten und nicht nachhaltigen Wirtschaftssystemen zusammenhängt, **erreicht gefährliche Kipppunkte.** Die reichsten Menschen, Unternehmen und Länder der Welt sind für den Großteil der CO_2-Emissionen, der Ressourcennutzung und der Umweltverschmutzung verantwortlich, während die schwächsten Bevölkerungsgruppen von den schlimmsten Folgen des Klimawandels und der Umweltzerstörung am meisten betroffen sind.

○○●○○○

VIER

Es gibt eine Sorgekrise, die die soziale Entwicklung und Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter behindert. Die Weltwirtschaft ist gekennzeichnet durch festgefahrene patriarchalische Normen, einen unverhältnismäßig hohen Anteil an unbezahlter Betreuungsarbeit, der von Frauen und Gemeinschaften geschultert wird, eine Unterbewertung von Sorgearbeit auf dem Markt und Defizite in der öffentlichen Pflege- und Betreuungsversorgung.

○○○●○○

FÜNF

Instabilität, Unsicherheit, Ungleichheiten und die Machtkonzentration der Eliten untergraben Vertrauen, politischen Spielraum und staatliche Legitimität. Die Demokratien erodieren oder entwickeln sich zurück, und der zivilgesellschaftliche Raum wird immer kleiner. Politische Krisen häufen sich und äußern sich in gewaltsamen Konflikten, zunehmenden Protesten und kollektiver Unzufriedenheit, politischer Polarisierung und der Vereinnahmung der Medien durch Privatinteressen, was schwerwiegende Folgen für Demokratie, Entwicklung und Menschenrechte hat.

○○○○●○

SECHS

Die Covid-19-Krise hat die bestehenden Ungleichheiten zwischen reichen und armen Menschen und zwischen sozialen Gruppen offengelegt und verstärkt und gleichzeitig die Entwicklungserfolge der jüngsten Vergangenheit zunichte gemacht. Die Ungleichheit bei den Impfstoffen und die enormen Unterschiede in der Bereitstellung fiskalischer Anreize zwischen dem globalen Norden und Süden zeigen, wie neue Lagen der Ungleichheit und Ungerechtigkeit entstanden sind.

○○○○○●

Wir hätten diese Pandemie niemals gemeinsam bewältigen können. Die Welt ist zu ungleich. Eine zutreffendere Beschreibung der Auswirkungen liefert der UN-Generalsekretär: Die Covid-19-Pandemie wirkte wie ein Röntgenbild, das „Risse im zerbrechlichen Skelett der Gesellschaften, die wir aufgebaut haben, offenbart".

– Naila Kabeer
Professorin, London School of Economics

Das Zeitalter der Ungleichheit: Intersektionelle Ungleichheiten und Macht

Der Bericht befasst sich mit dem vielschichtigen Charakter von Ungleichheiten als Ursachen und Folgen von Krisen und nicht nachhaltiger Entwicklung, indem er vertikale und horizontale Ungleichheiten, ihre Überschneidungen und ihre Verknüpfungen mit Machtstrukturen aufzeigt. Einkommensungleichheit und Ungleichheit im Zusammenhang mit der Gruppenidentität verstärken sich gegenseitig, wenn sie sich überschneiden.[89] Armut verschärft häufig die strukturelle Gewalt und Diskriminierung, unter der Menschen, die einer oder mehreren marginalisierten Gruppen angehören, bereits leiden, z. B. Frauen und LGBTIQ+-Gruppen, People of Colour oder ethnische Minderheiten, ältere oder junge Menschen, Menschen mit Behinderungen, Beschäftigte im informellen Sektor, die Landbevölkerung sowie Migranten und Flüchtlinge.

Überlappende Privilegien sind die andere Seite der Medaille, die es uns ermöglicht zu untersuchen, wie eine kleine Minderheit, die obersten 1 Prozent oder 0,1 Prozent der Vermögensbesitzer und Einkommensbezieher, unverhältnismäßig viele Ressourcen und Macht anhäufen. Ungleichheit ist ein relationales Konzept, das sich in den Interaktionen zwischen den Menschen widerspiegelt. Sie ist auch ein multidimensionales Konzept, das sich zeitlich, d. h. über den Lebensverlauf und zwischen den Generationen, und räumlich unterschiedlich auswirkt.

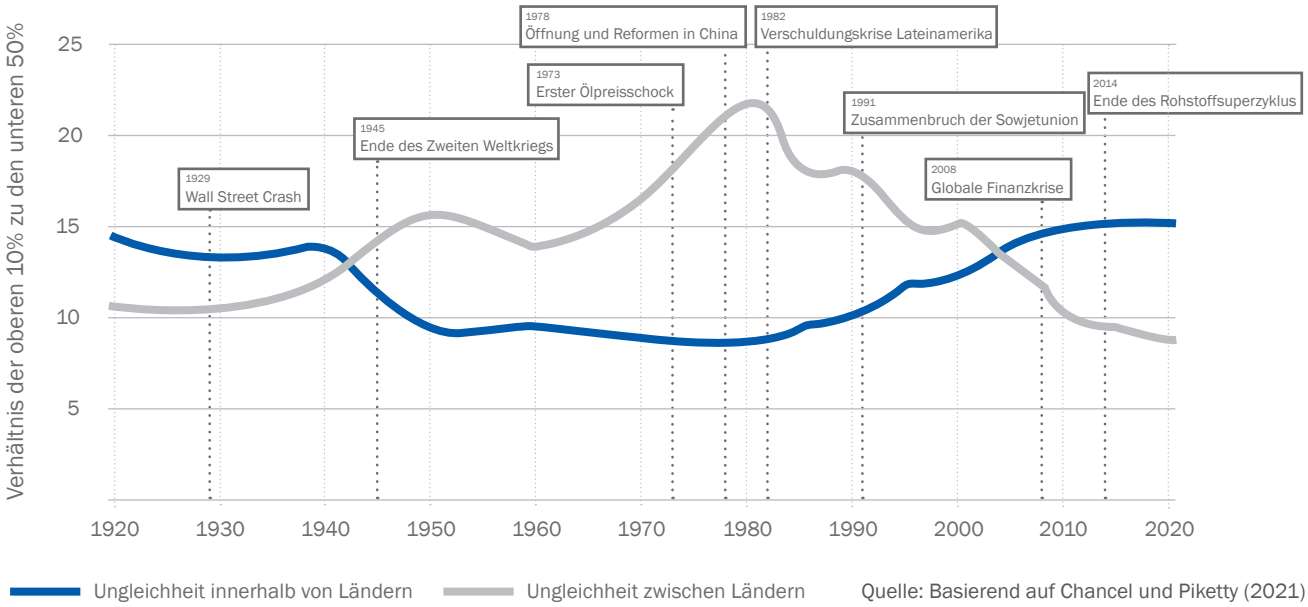
Ungleichheit ist nicht nur ein Problem der sozialen und Klimagerechtigkeit, sondern hat auch negative Auswirkungen auf wichtige Entwicklungsindikatoren wie Wachstum, makroökonomische Stabilität, Armutsbekämpfung, Gesundheit, Ernährung und Bildungsindikatoren, Gewalt, soziale Sicherung und Beschäftigung.[90]

Wirtschaftliche Ungleichheiten in dem heute zu beobachtenden Ausmaß sind in historischen Hinterlassenschaften und Ungerechtigkeiten verwurzelt und haben sich im Zeitalter der Finanzialisierung und Hyperglobalisierung weiter verstärkt. Sie werden durch Asymmetrien im Welthandel, in den Investitions- und Finanzsystemen sowie durch ein politisches und regulatorisches Umfeld vorangetrieben, das die Konzentration von Renteneinkommen, die aus dem Eigentum von Vermögen und geistigen Eigentumsrechten entstehen, sowie die Steuervermeidung und -hinterziehung durch führende multinationale Unternehmen begünstigt. Während die Wertschöpfung am unteren Ende der globalen Wertschöpfungsketten stattfindet und dort extrahiert wird, werden den dort tätigen Arbeitern und Arbeiterinnen, Frauen, lokalen Gemeinschaften und Ökosystemen enorme Kosten auferlegt.[91] Die Kehrseite der zunehmenden Kapitalkonzentration und Unternehmensmacht ist eine steigende Existenzunsicherheit von Kleinbauern und -bäuerinnen und Kleinstunternehmen sowie eine wachsende Zahl prekärer und mobiler Arbeitskräfte, die sich aus Wanderarbeitern, informell Beschäftigten und Beschäftigten der Gig Economy zusammensetzen. Diesen Gruppen mangelt es häufig an sozialer Sicherung und sicheren Einkommen und sie sind in Krisenzeiten erhöhten Risiken ausgesetzt.[92]

Während die Ungleichheit innerhalb von Ländern im Zeitraum von 1910 bis 1980 zurückging (während die Ungleichheit zwischen den Ländern weiter zunahm), stieg sie zwischen 1980 und 2020 an (während die Ungleichheit zwischen den Ländern zu sinken begann; Abbildung O.4).[93]

Zwischen 1980 und 2020, dem Zeitraum der neoliberalen Hyperglobalisierung und Finanzialisierung, entfielen auf das oberste 1 Prozent der Einkommensbezieher 22 Prozent des weltweiten Gesamtwachstums, auf die unteren 50 Prozent dagegen 11 Prozent.[94] Die Konvergenz zwischen den Ländern wurde durch das rasche Wachstum großer Volkswirtschaften wie China und Indien sowie durch höhere Pro-Kopf-Wachstumsraten im globalen Süden im Vergleich zu Ländern der OECD vorangetrieben.[95] Die arme Bevölkerung der Welt konzentriert sich jedoch weiterhin im globalen Süden, während die meisten Reichen im globalen Norden leben. Etwa 84 Prozent der multidimensional armen Menschen leben in Afrika südlich der Sahara (558 Millionen) und in

Abbildung O.4 Globale Einkommensungleichheit innerhalb und zwischen Ländern, 1920-2020



Quelle: Basierend auf Chancel und Piketty (2021)

Südasien (530 Millionen).[96] Trotz eines Rückgangs der relativen Ungleichheit zwischen den Ländern haben sich die absoluten Unterschiede zwischen reichen und armen Ländern, beispielsweise gemessen am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen, vergrößert.[97] Während bei den grundlegenden Kompetenzen eine Konvergenz festzustellen ist (die Länder der Gruppe mit geringer menschlicher Entwicklung holen schneller auf als die Länder der Gruppe mit höherer menschlicher Entwicklung), ist bei den erweiterten Kompetenzen eine Divergenz festzustellen, z. B. bei der Lebenserwartung im höheren Alter oder beim Anteil der Erwachsenen mit Hochschulbildung.[98]

Die Verteilung des Reichtums ist im Vergleich zur Einkommensverteilung noch ungleicher (siehe Abbildungen O.1 und O.4), wobei die größte Konzentration an der Spitze zu verzeichnen ist. Diese Akkumulation hat sich in den letzten Jahren beschleunigt und erreichte während der Covid-19-Pandemie, in der alle 30 Stunden ein neuer Milliardär entstand, schwindelerregende Zahlen.[99]

Soziale Ungleichheiten, definiert als Benachteiligungen, die mit einem Gruppenstatus zusammenhängen und sich in ungleichen sozialen Indikatoren niederschlagen, verstärken die wirtschaftliche Ungleichheit und führen zu verfestigten Strukturen der Schichtung, die den Entscheidungsspielraum und das Wohlergehen der Menschen einschränken und den sozialen Zusammenhalt, die Demokratie und die wirtschaftliche Entwicklung untergraben.[100] Besonders gefährdet sind Gruppen, die von historischer Ungerechtigkeit und einem Mangel an Ressourcen und Macht betroffen sind.[101] Indigene Völker haben keinen Zugang zu angemessenen öffentlichen Gesundheitssystemen, wurden bei der Formulierung von Covid-19-bezogenen Lockdown Maßnahmen nicht angemessen berücksichtigt und hatten nur begrenzten Zugang zu präventiven Informationen, wie z. B. zu aktuellen Informationen über die Krankheit in kulturell und sprachlich angemessenen Formaten.[102] In den Vereinigten Staaten ist die Wahrscheinlichkeit, dass LGBTIQ+-Personen (ab 16 Jahren) Opfer von Gewalt werden, fast viermal so hoch wie bei Nicht-LGBTIQ+-Personen.[103] Bei jungen Arbeiterinnen und Arbeitern zwischen 15 und 24 Jahren ist die Wahrscheinlichkeit, in extremer Armut zu leben, doppelt so hoch wie bei erwachsenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitern. 85 Prozent der Menschen ohne Zugang zu Elektrizität leben in ländlichen Gebieten, was sich negativ auf Bildung, Gesundheit und Einkommen auswirkt.[104] Es sind die schwächsten Personen, die in unverhältnismäßig hohem Maße klimabedingten Risiken ausgesetzt sind (siehe Kasten O.2).[105] Weltweit sind etwa 2 Milliarden Menschen informell beschäftigt (wobei der Anteil der Frauen an der informellen Beschäftigung größer ist), was 61 Prozent der weltweiten Erwerbsbevölkerung ausmacht, was bedeutet, dass sie in der Regel unter prekären Bedingungen arbeiten und ein geringeres Einkommen erzielen als Menschen mit fester Anstellung.[106] Viele vulnerable Gruppen haben keinerlei Zugang zu sozialer Sicherung. Weniger als 20 Prozent der älteren Menschen erhalten eine Rente, nur 28 Prozent der Menschen mit schweren Behinderungen erhalten Geldleistungen bei Invalidität, nur 35 Prozent der Kinder weltweit haben Zugang zu sozialem Schutz und nur 41 Prozent der Frauen, die ein Kind zur Welt bringen, sind durch Mutterschaftsleistungen abgesichert.[107]

Kasten 0.2 Universitäten und soziale Ungleichheiten im globalen Süden

Die Hochschulbildung, historisch gesehen ein Privileg der Eliten, wird heute als Schlüssel zu sozialer Mobilität und größerer Gleichheit zwischen den Geschlechtern und Menschen verschiedener Hautfarbe und Herkunft anerkannt, wodurch benachteiligte Gruppen gestärkt und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöht werden.[a] In den letzten Jahrzehnten hat mehr als ein Drittel der Absolventen von Sekundarschulen irgendeine Form der Hochschulbildung absolviert, im Jahr 2000 war es noch ein Fünftel.[b] Diese Zuwächse sind jedoch nicht gleichmäßig über die Länder verteilt, und die höhere Beteiligung an der tertiären Bildung ging nicht unbedingt mit ausreichenden formalen Beschäftigungsmöglichkeiten für Berufsanfänger einher, eine Situation, die sich während der Covid-19-Pandemie noch verschlimmert hat.[c] Darüber hinaus hat die Nachfrage nach Hochschulbildung vielerorts im globalen Süden die Kapazitäten der öffentlichen Bildungseinrichtungen überstiegen, die während der Strukturanpassungspolitiken und der anschließenden Haushaltskrisen Budgetkürzungen hinnehmen mussten. Die wachsende Nachfrage nach Studienplätzen wurde größtenteils von privaten Anbietern befriedigt, was sich auf die Erschwinglichkeit und *Zugänglichkeit* von Hochschulbildung auswirkt.[d] Reiche Studierende sind in Bezug auf die Teilnahmequoten gegenüber armen Studierenden in der Überzahl und besuchen mit sehr viel größerer Wahrscheinlichkeit Universitäten mit Auswahlverfahren.[e]

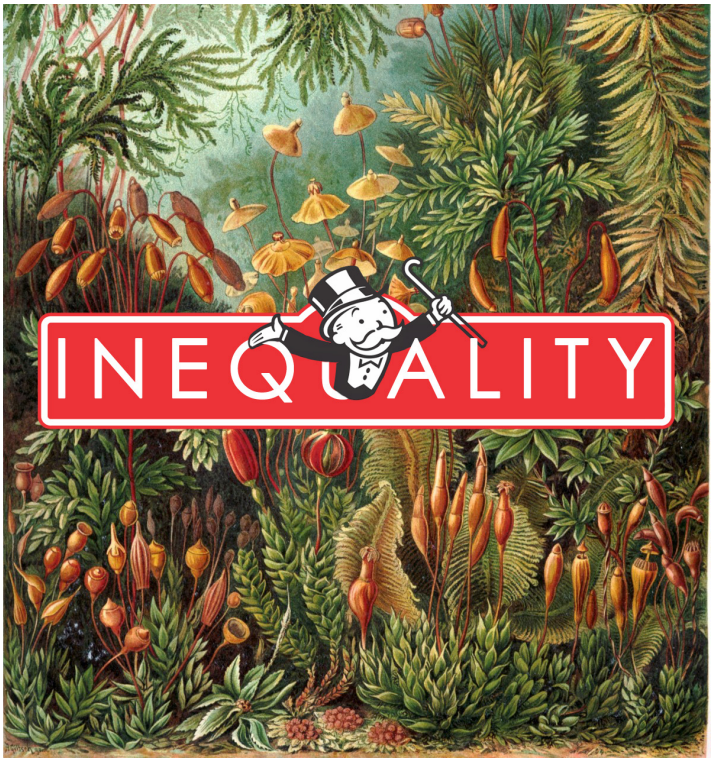
Jüngste Untersuchungen von UNRISD haben ergeben, dass die *Verfügbarkeit* von Hochschulangeboten für Schulabgänger und erwachsene Lernende in den letzten Jahrzehnten zwar zugenommen hat, die Länder des globalen Südens im Vergleich zum globalen Norden aber immer noch zurückbleiben. Die Ausweitung der privaten oder gebührenpflichtigen Hochschulbildung als wichtigster Mechanismus zur Erweiterung des Angebots spiegelt sowohl fiskalische Zwänge als auch internationale Trends zur Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistungen wider. Dies hat nachteilige Auswirkungen auf den Zugang und die Chancengleichheit in Kontexten, in denen die Ungleichheiten groß sind und die meisten Studierenden aus einkommensschwachen Familien stammen. In Kontexten, in denen der Druck zur Kostendeckung und das Leistungsprinzip mit Gerechtigkeitsaspekten konkurriert, wurde der Universitätszugang durch Maßnahmen wie subventionierte Studiendarlehen und Programme zur Unterstützung des Lebensunterhalts, die Ausweitung subventionierter Programme an öffentlichen Universitäten, Quotensysteme zur Bevorzugung ethnischer Minderheiten oder People of Colour bei Aufnahmeprüfungen, die Ausweitung der tertiären Bildungsinfrastruktur außerhalb städtischer Zentren und das Fernstudium verbessert.

Geringes Einkommen oder Armut stellen nach wie vor das größte Hindernis für den Zugang zur Universitätsbildung dar, wobei es einigen ethnischen Minderheiten und Frauen aus besser gestellten Familien gelungen ist, Zugang zu gebührenpflichtigen Hochschulen zu erhalten. Allerdings sehen sich People of Colour und ethnische Minderheiten, Studierende mit geringem Einkommen, Studierende von öffentlichen Sekundarschulen oder mit Eltern mit niedrigem Bildungsniveau oder solche, die in abgelegenen Regionen leben, immer noch mit Hindernissen konfrontiert was Universitätszugang und Studienerfolg angeht. Weibliche Studierende sind ihrerseits oft benachteiligt. Dies deutet auf Mängel in Bezug auf die *Horizontalität* (ungleiches Prestige- und Qualitätsniveau im Hochschulsystem) und das soziale Mobilitätspotenzial im Hochschulwesen des globalen Südens hin, wobei sich gegenseitig verstärkende vertikale und horizontale Ungleichheiten in erheblichem Maße darüber entscheiden, wer Zugang zum Hochschulwesen hat und zu welchen Bedingungen. So sind beispielsweise Frauen tendenziell in weniger angesehenen Universitäten, in Studienprogrammen, die nicht auf einen anerkannten Abschluss abzielen, oder in privaten, kostenpflichtigen Studiengängen überrepräsentiert (wobei öffentliche, gebührenfreie Universitäten in vielen Ländern die wettbewerbsfähigsten und qualitativ hochwertigsten sind); und in Studiengängen mit geringerem Verdienstpotenzial. In Verbindung mit dem ungleichen Zugang zu sozialem Kapital, einschließlich familiärer Netzwerke, der Segmentierung des Arbeitsmarktes, Betreuungspflichten und anderen oben beschriebenen Nachteilen führt dies dazu, dass sich Hochschulbildung für Frauen im Vergleich zu Männern weniger lohnt.

[a] Carter und Hujo 2021; [b] McCowan und Bertolin 2020; [c] ILO 2021a; Marginson 2016; [d] UNESCO 2017; [e] Guzmán-Valenzuela 2016.

Quellen: Ayelazuno und Aziabah 2021; Gaentzsch und Zapata-Román 2020; Lebeau und Oanda 2020; McCowan und Bertolin 2020; Simson und Harris 2020

Wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten fördern ihrerseits *politische Ungleichheiten* und umgekehrt, da Eliten Einfluss und Macht akkumulieren, um ein System zu erhalten und zu verewigen, das den Wenigen auf Kosten der Vielen zugutekommt. Es gibt aussagekräftige Daten, die darauf hindeuten, dass sich politische Systeme den Präferenzen der Eliten beugen. Diese Präferenzen variieren bis zu einem gewissen Grad je nach Gruppe und Ort und hängen oft mit der Wahrnehmung von Ungleichheit und Armut durch die Eliten zusammen,[108] aber es zeigt sich, dass die Eliten mit dem System überwiegend zufriedener sind als die Durchschnittsbürger, sich stärker beteiligen und stärker in der Politik vertreten sind.[109] Eliten üben ihren Einfluss auf die Politik und die Gesetzgebung durch verschiedene Strategien aus, darunter die Beeinflussung des Wahlprozesses durch Unternehmensnetzwerke und Lobbyarbeit, die Kontrolle der Medien oder die völlige Übernahme des Staates.[110] Die größten Unternehmen haben einen beträchtlichen Einfluss auf die Weltwirtschaft,



Die materiellen und symbolischen Folgen des Rassismus müssen als bestimmende Elemente der politischen Agenda behandelt werden. Die institutionellen und Machtstrukturen, die den Rassismus schüren, müssen verändert werden.

– Jailson de Souza e Silva
Generaldirektor,
Instituto Maria e João Aleixo (IMJA)

da ihre Investitionen für die wirtschaftliche und politische Stabilität weltweit immer wichtiger werden.[111] Im Jahr 2015 waren 69 der Akteure, welche weltweit die größten Einnahmen erzielen, Unternehmen, während nur 31 Staaten waren.[112] In Krisenzeiten ist der Einfluss der Wirtschaft auf die Politik oft noch größer und die Folgen der Einflussnahme werden verstärkt, da der Staat Unternehmen vor Schocks schützen will. So konzentrierten sich die Politikmaßnahmen während der Finanzkrise 2008 auf die Rettung von Banken und Gläubigern, anstatt die Krisenauswirkungen auf vulnerable Gruppen zu minimieren. Während der Covid-19-Pandemie spielten Unternehmen eine überragende Rolle bei der Gestaltung politischer Maßnahmen,[113] z. B. bei der Abschaffung der Haftung für die Gesundheit und Sicherheit von Beschäftigten, bei der Gewährung von Steuersenkungen und Konjunkturprogrammen und bei der Durchsetzung schwächerer Umweltvorschriften.[114]

Politische Ungleichheit hat erhebliche Auswirkungen auf die Verwirklichungschancen eines progressiven Wandels, mit besonders verheerenden Folgen für benachteiligte Gruppen. Frauen und Minderheiten sehen sich mit Herausforderungen konfrontiert, die sich aus sozialen Normen ergeben, die sie am unteren Ende der Machthierarchie ansiedeln, sowie aus institutionellen Barrieren und begrenztem Zugang zu politischen Entscheidungszentren. Während Frauen eine Ausweitung ihrer grundlegenden Kompetenzen, wie z. B. des Wahlrechts, erreicht haben, gab es kaum Verbesserungen bei den erweiterten Kompetenzen, wie z. B. der aktiven Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen:[115] nur 26 Prozent aller Sitze in nationalen Parlamenten werden von Frauen besetzt.[116] Darüber hinaus gaben LGBTIQ+ identifizierende Personen in einer Umfrage, die im Rahmen eines UNRISD-Projekts zur Einbeziehung von LGBTIQ+ in politische Entscheidungsprozesse durchgeführt wurde, an, dass sie das Gefühl haben, sich nicht in politische Prozesse einbringen zu können, ohne Gefahr zu laufen, diskriminiert zu werden, und dass, wenn sie es doch täten, ihre Position nicht in gleichem Maße berücksichtigt würde wie die ihrer gleichgeschlechtlichen, heterosexuellen Gegenspieler.[117] Fortschritte bei der Emissionsreduzierung werden ebenfalls häufig durch den Einfluss der Eliten stark eingeschränkt, da wohlhabende Einzelpersonen und Unternehmen ihre Ressourcen und ihre Macht einsetzen können, um die Umweltpolitik und diesbezügliche Verpflichtungen auf nationaler und globaler Ebene zu beeinflussen.[118]

KERNAUSSAGEN KAPITEL 3

EINS

Ein hohes Maß an wirtschaftlicher Ungleichheit, das oft in ein starkes Machtgefälle umschlägt, **untergräbt die nachhaltige Entwicklung und verhindert einen transformativen Wandel.** Wenn wirtschaftliche Ungleichheit auf Diskriminierung auf Basis von Gruppenidentitätsmerkmalen wie Geschlecht oder Hautfarbe trifft, kann dies zu dauerhafter Marginalisierung und Unterdrückung führen.

●○○○

ZWEI

Wirtschaftliche Ungleichheiten, die sich im Zuge der neoliberalen Globalisierung immer weiter verschärft haben, **bilden den Kern von Machtasymmetrien und Elitenherrschaft.** Während die globale Ungleichheit zwischen den Ländern insgesamt abgenommen hat, was auf einige wenige große Schwellenländer zurückzuführen ist, sind die Einkommensunterschiede und Abstände bezüglich anderer Entwicklungsindikatoren für viele Entwicklungsländer größer geworden.

○●○○

DREI

Soziale Ungleichheiten zwischen Gruppen aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe ethnischer Zugehörigkeit oder Kaste, Alter, Behinderung, Staatsbürgerschaft und anderen Merkmalen beruhen auf Hierarchien und reproduzieren diese durch die Anwendung diskriminierender Regeln und Praktiken. Diese sozialen Ungleichheiten gehen häufig mit Armut und einem Mangel an wirtschaftlichen Ressourcen einher und wirken sich negativ auf die Menschen, die Wirtschaft und die Gerechtigkeit aus. Marginalisierte Gruppen haben schlechtere soziale Chancen, wobei die sich überschneidenden und sich gegenseitig verstärkenden Formen der Ungleichheit die Vulnerabilität noch erhöhen.

○○●○

VIER

Politische Ungleichheiten und Machtasymmetrien führen zu einer Zunahme von sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten, was wiederum zu einer Steigerung von politischen Ungleichheiten führt, da Eliten Einfluss und Macht akkumulieren, um ein System zu erhalten und zu verstetigen, das den Wenigen auf Kosten der Mehrheit zugutekommt. Dies ist ein mehr als schwieriger Kontext für die Verwirklichung eines fortschrittlichen Wandels und hat besonders verheerende Auswirkungen für vulnerable Gruppen und die Umwelt.

○○○●

TEIL III

Ein neuer ökosozialer Gesellschaftsvertrag für Gleichheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit

Auf dem Weg zu einem neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrag: Akteure, Bündnisse und Strategien

In einer Welt, die von zahlreichen Krisen, wachsender Ungleichheit und sozialer Ungerechtigkeit geprägt ist, beginnen viele Menschen, die Prinzipien, Werte und öffentlichen Institutionen, auf denen unsere Gesellschaften beruhen, in Frage zu stellen – das, was Philosophen wie Hobbes, Locke und Rousseau den Gesellschaftsvertrag genannt haben.[119] In diesem Bericht argumentieren wir, dass der Gesellschaftsvertrag, der das zwanzigste Jahrhundert dominiert hat – eine implizite Abmachung, die den wirtschaftlichen Erfordernissen von Wachstum und Produktivität und den sozialen Erfordernissen von Umverteilung und sozialem Schutz Rechnung trägt – zusammengebrochen ist und die transformative Vision der Agenda 2030 nicht weiter repräsentieren kann. Im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung haben zunehmende Ungleichheiten und vielfältige Krisen die Gesellschaftsverträge in verschiedenen Kontexten untergraben und eine politische Vertrauens- und Legitimationskrise sowie eine Krise der sozialen Reproduktion ausgelöst, während die Menschheit noch keinen wirksamen Mechanismus gefunden hat, um den Schutz der Natur oder die Rechte künftiger Generationen zu sichern.

Eine Reihe unterschiedlicher Stimmen aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Wirtschaftssektoren haben begonnen, einen neuen Gesellschaftsvertrag zu fordern,[120] darunter auch der UN-Generalsekretär, vor allem in seinem Bericht „Our Common Agenda".[121] Allerdings gibt es unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie ein idealer Gesellschaftsvertrag aussehen sollte. In der Tat ist es wichtig, die Vielfalt der normativen und realen Gesellschaftsverträge sowie die Machtasymmetrien und strukturellen Ungleichheiten, die sie prägen, zu erkennen. Gesellschaftsverträge in der realen Welt sind in der Regel weit von der Vorstellung entfernt, dass freie und gleiche Personen eine Gesellschaft schaffen, die auf Regeln beruht, denen alle zustimmen.[122] Vielmehr spiegeln Gesellschaftsverträge bestehende Machtstrukturen und Ungleichheiten auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Formen wider und schaffen oft de facto Herrschaftsverträge.[123] Sie gewähren der Nicht-Elite selten breite politische Teilhabe und konzentrieren sich im besten Fall auf andere legitimierende Faktoren wie die Bereitstellung von Sicherheit oder Wohlfahrt.[124] Meistens sind sie das Ergebnis von Elitenabsprachen und Marktmacht.[125]

Sozialverträge sind in jeder Gesellschaft zu finden. Sie sind sehr unterschiedlich, haben sich aus verschiedenen Zusammenhängen entwickelt und sind durch historische und kontextuelle Faktoren geprägt. In Afrika implizieren kommunitaristische, dem Gemeinwohl verpflichtete Ansätze wie *Ubuntu* — „Ich bin, weil wir sind" —, dass der Einzelne sich über seine Beziehung zur Gemeinschaft definiert.[126] *Buen Vivir*, das Paradigma des guten Lebens, eine ganzheitliche, von indigenem Wissen und Werten inspirierte Vision, die harmonische Beziehungen zwischen Mensch und Natur fördert, ist die normative Grundlage für nationale Entwicklungsstrategien in den Verfassungen Boliviens und Ecuadors.[127] Ein weiterer kommunitaristischer Ansatz ist *Ecoswaraj*, d. h. ökologische Selbstverwaltung oder Selbstverantwortung.[128] Er verbindet das Konzept des *Swaraj*, das Gandhi im indischen Unabhängigkeitskampf verwendete, mit der Ökologie. Wie jeder Gesellschaftsvertrag sind auch die kommunitaristischen Philosophien und Vorstellungen nicht von wirtschaftlichen und politischen Interessen isoliert. Sie bedürfen der ständigen Verpflichtung mit Basisbewegungen und denen, die ihre eigentliche Bedeutung verteidigen.[129]

Die jüngste Geschichte zeigt, dass Gesellschaftsverträge nicht in Stein gemeißelt sind, sondern neu ausgehandelt werden, wenn sich der Kontext ändert oder wenn die Verträge an Legitimität und Unterstützung verlieren. Länder haben in kritischen Momenten neue Sozialverträge als Reaktion auf Regimewechsel, Forderungen der Bürger und soziale Kämpfe geschlossen und dabei eine Vielzahl institutioneller und politischer Reformen in Angriff genommen. In Afrika beispielsweise wurden die Gesellschaftsverträge von unabhängigen postkolonialen Regierungen neu geschrieben, die sich um den Aufbau von Nationen, die staatliche Legitimität und den sozialen Zusammenhalt bemühten und so zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beitrugen.[130] In der neoliberalen Ära wurden Gesellschaftsverträge, die mit Wohlfahrtskapitalismus oder Nationenbildung in Verbindung gebracht wurden, zunehmend untergraben und durch neue Arten von Verträgen ersetzt, die die Verantwortung des Einzelnen zum Nachteil von Gemeinschaftswerten, Umverteilung und öffentlicher Versorgung betonten, was zu wachsenden Ungleichheiten und einer Schwächung der öffentlichen Institutionen führte.[131] Verfassungsreformen im Zusammenhang mit Demokratisierungsprozessen (siehe Kasten O.3), progressive Landreformen oder die Ausweitung sozialer Rechte in der Zeit der sozialen Wende, die die Sozialpolitik in den 1990er und 2000er Jahren wieder auf die Entwicklungsagenda brachte, sind verschiedene Beispiele dafür, wie Gesellschaftsverträge neu ausgehandelt wurden, oft mit realen Vorteilen für vulnerable oder zuvor ausgeschlossene Gruppen.[132]

Kasten O.3 Neuverhandlung von Sozialverträgen nach dem Estallido Social (Sozialer Ausbruch) in Chile

Die Proteste in Santiago, Chile, im Oktober 2019 wurden durch eine Erhöhung der U-Bahn-Tarife ausgelöst, entwickelten sich aber schnell zu einer Kundgebung gegen Ungleichheit und die hohen Kosten der privatisierten Bildungs-, Gesundheits- und Sozialversicherungssysteme. Rund 1,2 Millionen Menschen, darunter viele Bürgerinnen und Bürger aus der Mittelschicht, beteiligten sich an dem größten Protestmarsch seit der Rückkehr des Landes zur Demokratie im Jahr 1989. Die steigenden Lebenshaltungskosten und die Einschränkung der sozialen Mobilität wurden mit dem neoliberalen Wirtschaftssystem in Verbindung gebracht, das Anfang der 1980er Jahre unter der Pinochet-Diktatur eingeführt wurde und von dem die wohlhabenden wirtschaftlichen und politischen Eliten unverhältnismäßig stark profitierten, ohne dass es seit dem Wechsel zur Demokratie zu grundlegenden Änderungen gekommen wäre. Während das Land bereits zuvor von Massenprotesten heimgesucht wurde, insbesondere von der Studentenbewegung, die 2012 kostenlose Bildungseinrichtungen forderte, und von einem Marsch von einer Million Menschen im Jahr 2016, die eine Reform des privatisierten Rentensystems des Landes forderten,[a] erreichten die Proteste 2019/2020 ein neues Ausmaß, das die Regierung dazu veranlasste, in der Hauptstadt den Notstand auszurufen, und welche zu gewaltsamen Zusammenstößen mit Sicherheitskräften führte.[b] Die Proteste in Chile fanden nicht nur weltweit große Beachtung in den Medien, sondern führten auch zu konkreten Reaktionen der Regierung auf die Forderungen der Protestierenden. Die wichtigste war die Direktwahl einer verfassungsgebenden Versammlung, die eine neue Magna Carta ausarbeiten sollte, welche die viel kritisierte Verfassung aus der Pinochet-Ära ersetzen sollte. Die chilenischen Wähler und Wählerinnen, die im September 2022 über den Entwurf abstimmen sollten, der verschiedene radikale Änderungen wie mehr Rechte für indigene Völker, Frauen und die Natur vorsah, lehnten den Vorschlag jedoch mit großer Mehrheit ab. Es ist klar, dass der Weg zu einem neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrag nicht frei von Hindernissen ist.

[a] Pribble 2017; [b] DW 2019.

In Anbetracht der miteinander verbundenen wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Krisen, mit denen wir weltweit konfrontiert sind, fordern Organisationen und Bewegungen die Schaffung eines neuen Gesellschaftsvertrags zwischen Menschen, zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Regierungen sowie zwischen Mensch und Natur. Die Vereinten Nationen haben in diesem Prozess eine starke Stimme, die sich auf ihre Charta und ihren umfassenden Menschenrechtsrahmen, ihre verschiedenen Organisationen, die sich für Frieden, Sicherheit, wirtschaftliche Stabilität und nachhaltige Entwicklung einsetzen, und das globale Klimaregime stützt. Die

Gewöhnliche Menschen sollten bei der Entwicklung einer grünen Klimapolitik im Mittelpunkt stehen. … Jeder Mensch verfügt über eine Reihe von Ressourcen und kreatives Potenzial, um diesen Prozess zu beeinflussen: als Wähler, als Eigentümerin von Vermögen, als Verbraucher, als Bürgerin und als Wissensträger.

– Kumi Naidoo

Berater Community Arts Network (CAN) und Green Economy Coalition (GEC)

Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung stellt einen globalen Konsens auf höchster Ebene und eine Verpflichtung der UN-Mitgliedsstaaten zu den wichtigsten Zielen dar, die ein neuer ökosozialer Gesellschaftsvertrag erfüllen muss.

Dieser Bericht geht davon aus, dass der Gesellschaftsvertrag grundlegend überarbeitet werden muss, wenn wir eine nachhaltige Entwicklung für alle erreichen wollen. Er muss zu einem ökosozialen Vertrag werden, der die ökologische Dimension einbezieht und einen neuen Vertrag für den Planeten und künftige Generationen schafft. Dieser neue ökosoziale Gesellschaftsvertrag muss sich auf einen breiten Konsens zwischen den verschiedenen Interessengruppen stützen, einen demokratischen, integrativen und partizipativen Entscheidungsprozess auf mehreren Ebenen in Gang setzen und faktengestützte politische Vorschläge in die Entscheidungsgremien einbringen. Die Grundidee eines neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrags besteht darin, eine Reihe von Beratungsprozessen auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene, in verschiedenen Sektoren und mit unterschiedlichen Interessengruppen zu fördern, um zu einer gemeinsamen Vision, konkreten Zielen und Verpflichtungen sowie zu Mechanismen der Rechenschaftspflicht zu gelangen.

Damit ein neuer ökosozialer Gesellschaftsvertrag tragfähig ist, muss ein breiter gesellschaftlicher und globaler Konsens darüber bestehen, was die gemeinsamen öffentlichen Güter sind (z. B. Begrenzung der Erderwärmung auf weniger als 1,5 °C, menschenwürdige Arbeit für alle und Wahrung des Weltfriedens und der globalen Sicherheit im Einklang mit der UN-Charta), wie sie erreicht werden und wie sie finanziert werden können. Die Erzielung eines solchen Konsenses mag weder ein reibungsloser Prozess noch eine schnelle Lösung sein, aber es sollte ein demokratischer, integrativer und transparenter Prozess sein.

Das Aushandeln eines neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrags erfordert auch, dass wir uns über normative Grundlagen und Werte klar werden. Wir müssen die derzeitigen Grundsätze und Werte überdenken, die unsere Gesellschaften und Volkswirtschaften leiten und die die Politiken und Institutionen untermauern, die zur Bewältigung der dringenden Entwicklungsherausforderungen erforderlich sind. Auf der Grundlage der in diesem Bericht vorgelegten Erkenntnisse und Analysen argumentieren wir, dass ein neuer ökosozialer Gesellschaftsvertrag dazu beitragen sollte, eine Reihe von Beziehungen neu zu gestalten, die stark aus dem Gleichgewicht geraten sind – die Beziehungen zwischen Staat, Bürgerinnen und Bürgern, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden, zwischen Menschen und der natürlichen Umwelt. Der Vertrag sollte darauf beruhen, hegemoniale Geschlechterrollen und im Patriarchat verwurzelte Beziehungen auszugleichen, historische Ungerechtigkeiten zu beseitigen und die Solidarität auf kommunaler, nationaler und globaler Ebene zu stärken. Neue ökosoziale Gesellschaftsverträge können sich an einer Vision orientieren, die darauf abzielt, Gesellschaftsverträge inklusiver, gerechter und nachhaltiger zu gestalten, indem sieben Prinzipien angewandt werden: Menschenrechte für alle, progressive Fiskalverträge, transformierte Volkswirtschaften und Gesellschaften, ein Vertrag für die Natur, Aufarbeitung historischer Ungerechtigkeiten, Geschlechtergerechtigkeit und Solidarität.

KERNAUSSAGEN KAPITEL 4:

EINS

Der Gesellschaftsvertrag des zwanzigsten Jahrhunderts brachte zwar sozialen Fortschritt und größeres Wohlergehen für viele, ließ aber viele zurück und ignorierte die planetaren Grenzen. Ein neuer ökosozialer Gesellschaftsvertrag für das 21. Jahrhundert muss alle einschließen und sich mit historischen Ungerechtigkeiten wie Kolonialismus und Sklaverei ebenso auseinandersetzen wie mit den Herausforderungen der Gegenwart, während er gleichzeitig Wirtschaft und Gesellschaft verändert und umstrukturiert, um Klimawandel und Umweltzerstörung aufzuhalten.

●○○○

ZWEI

Es gibt nicht nur einen Gesellschaftsvertrag, sondern viele. Auf dem Weg zu einem neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrag können wir viel von der Vielfalt kommunitaristischer Visionen und den Erfahrungen von Ländern in allen Teilen der Welt lernen. Die Dekolonialisierung von Wissen ist entscheidend für die Beseitigung von Machtasymmetrien.

○●○○

DREI

Bestehende Gesellschaftsverträge wurden häufig in Krisenzeiten und an Scheidepunkten neu ausgehandelt, wodurch sich eine Gelegenheit für den Aufbau einer besseren Zukunft eröffnete. Es besteht jedoch auch die Gefahr eines Rückschritts durch elitengesteuerte und populistische Absprachen und durch Ablehnung von politischen Ansätzen, die sich der Förderung von Gerechtigkeit und Menschenrechten verschrieben haben.

○○●○

VIER

Ein neuer ökosozialer Gesellschaftsvertrag sollte im Rahmen von Beratungsprozessen auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene, in verschiedenen Sektoren und mit unterschiedlichen Interessengruppen erarbeitet werden. Um zu einer gemeinsamen, gerechten Vision zu gelangen und diese in greifbare Ergebnisse umzuwandeln, brauchen wir normative, regulatorische und politische Veränderungen sowie konkrete Ziele, Verpflichtungen und Rechenschaftsmechanismen, die auf die lokalen Gegebenheiten zugeschnitten sind.

○○○●

Ein neues Entwicklungsmodell für soziale, wirtschaftliche und Umweltgerechtigkeit

Wenn wir die Krise als Chance für einen Wandel nutzen wollen, ist es jetzt an der Zeit zu handeln. Wir brauchen ein neues Entwicklungsmodell, das soziale, wirtschaftliche und Umweltgerechtigkeit fördert, Ungleichheit abbaut und die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Krisenfaktoren angeht. Wir schlagen ein Modell vor, das auf einem integrierten Ansatz beruht, der aus drei sich gegenseitig verstärkenden Säulen besteht (siehe Abbildung O.5): alternative Wirtschaftsansätze, die Umwelt- und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen und die Beziehungen zwischen Staat, Markt, Gesellschaft und Natur wieder ins Gleichgewicht bringen, eine transformative Sozialpolitik, die durch einen fairen Fiskalvertrag untermauert wird, sowie ein neu konzipierter Multilateralismus und gestärkte Solidaritäten.

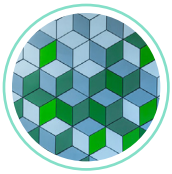
Alternative Wirtschaftsansätze müssen die in diesem Bericht dargelegten Hauptwidersprüche des gegenwärtigen Systems überwinden: die Ausbeutung von Mensch und Natur und die wachsenden Ungleichheiten, die den Gesellschaftsvertrag zersetzen. Sie müssen auch ein Gegennarrativ zu dem Glauben liefern, dass freie Märkte und der private Sektor allein nachhaltiges Wachstum und Entwicklung schaffen können.[133] Und sie müssen die Schlüsselbeziehungen auf eine neue Grundlage stellen — die zwischen Staat und Markt, zwischen verschiedenen Marktakteuren und entlang globaler Wertschöpfungsketten sowie auf lokaler Ebene zwischen Märkten und lokalen Gemeinschaften.

Verschiedene Akteure, darunter Regierungen, Gewerkschaften und internationale Organisationen, schlagen einen Green New Deal vor, der internationale Zusammenarbeit und ein Überdenken der multilateralen Institutionen erfordert, um sicherzustellen, dass die beschlossenen Regeln soziale, wirtschaftliche und Umweltgerechtigkeit fördern und gleichzeitig zu gewährleisten, dass es ein guter Deal für den globalen Süden ist.[134] Insbesondere zivilgesellschaftliche Organisationen und Organisationen für Klimagerechtigkeit schlagen häufig Projekte und Pläne für einen gerechten Übergang zu mehr Nachhaltigkeit vor, die eine grundlegend andere Zukunft anstreben. Diese Vorschläge sind im solidarökonomischen Denken verwurzelt und gehen verschiedene Dimensionen bestehender Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten intersektional an.[135]

Abbildung O.5 Ein neues Entwicklungsmodell für soziale, wirtschaftliche und Umweltgerechtigkeit

7 Grundsätze für den Aufbau eines neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrags

Menschenrechte für alle



Progressive Fiskalverträge

Transformierte Volkswirtschaften und Gesellschaften

Ein Vertrag für die Natur

Aufarbeitung historischer Ungerechtigkeiten

Geschlechtergerechtigkeit

Solidarität

3 Säulen eines neuen Entwicklungsmodells, das Gerechtigkeit, Gleichheit, Nachhaltigkeit und Resilienz fördert

1

Alternative Wirtschaftsansätze, die Umwelt- und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen und die Beziehungen zwischen Staat, Markt, Gesellschaft und Natur wieder ins Gleichgewicht bringen

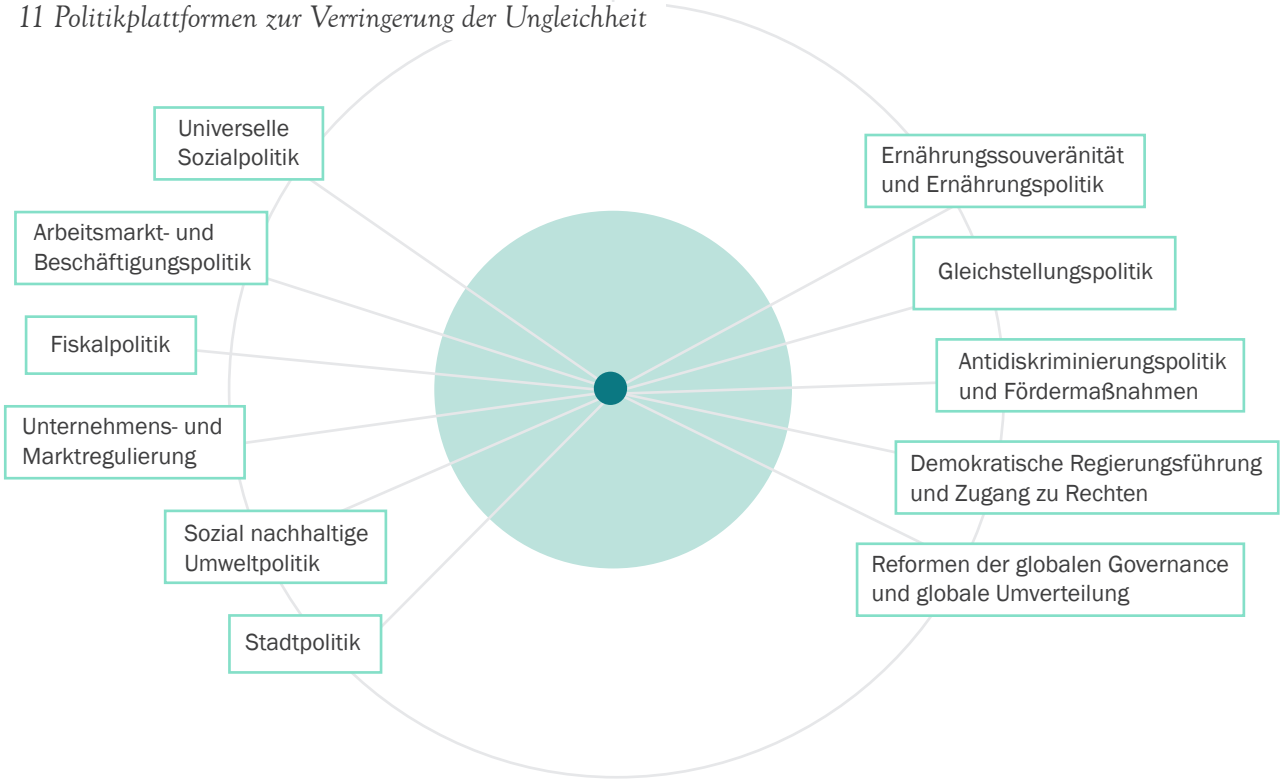
2

Eine **transformative Sozialpolitik,** die durch einen fairen Fiskalvertrag untermauert wird

3

Ein reformierter und gestärkter **Multilateralismus und Solidarität**

11 Politikplattformen zur Verringerung der Ungleichheit



Wirtschaftsakteure suchen zunehmend nach Möglichkeiten, Umwelt-, Sozial- und Governance-Belange in ihre Tätigkeit einzubeziehen. Neue Ansätze für die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen, wie sie von UNRISD vorgeschlagen werden, sind ein Schritt hin zu einer effektiveren Messung der Fortschritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung und bieten gleichzeitig Anreize für die Anwendung transformativerer Ansätze.[136] Übergreifende wirtschaftspolitische Anliegen beschäftigen sich mit der Frage, wie man am besten eine Wirtschaft aufbaut, die stabil, nachhaltig und dynamisch ist, menschenwürdige und produktive Arbeitsplätze schafft sowie Innovationen und technologischen Fortschritt fördert, die dazu beitragen, die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen, während gleichzeitig die Anreize für negative Verhaltensweisen wie Gier und Korruption minimiert werden. Das derzeitige wirtschaftspolitische Umfeld begünstigt tendenziell mächtige Wirtschaftsakteure wie multinationale Konzerne und Großunternehmen zum Nachteil kleinerer Betriebe, von denen einige auf der Grundlage größerer ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Betriebsführung tätig sind. Die Rolle des Staates wurde häufig darauf reduziert, so genanntes Marktversagen zu beheben und ein günstiges Umfeld für Investoren zu schaffen.[137] Im Globalisierungskontext bedeutete dies häufig die Liberalisierung und Deregulierung des Marktes, eine Politik der Währungsstabilisierung und die Vergesellschaftung der Investitionsrisiken gewinnorientierter Unternehmen, wodurch diese riesige Gewinne einfahren können, ohne die mit ihrer Tätigkeit verbundenen Kosten zu tragen.[138] Um unsere Volkswirtschaften integrativer, nachhaltiger und produktiver zu machen, muss die Rolle des Staates in der wirtschaftlichen Entwicklung unbedingt überdacht und neu gestaltet werden.[139] Dazu gehören veränderte Beziehungen zwischen Staat und Markt, eine bessere Steuerung globaler Wertschöpfungsketten und neue Beziehungen zwischen Marktakteuren und lokalen Gemeinschaften. Auf diese Weise sollen wirtschaftliche Aktivitäten wieder in soziale und territoriale Kontexte eingebettet werden, die der Einbeziehung aller, den Menschenrechten und der Nachhaltigkeit eher förderlich sind.

Die Sozial- und Solidarökonomie (SSÖ) ist ein alternativer Wirtschaftsansatz, der diesen Anforderungen gerecht werden kann. Durch die Institutionalisierung kollektiven Handelns und die Wiedereinbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft sowie die Förderung von Produktions-, Austausch- und Konsumformen, die sowohl die Menschen als auch den Planeten schützen, zielt sie auf die Verwirklichung emanzipatorischer Ziele innerhalb der Wirtschaft und der politischen Ökonomie im weiteren Sinne ab.[140] Durch die Förderung von ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit in Produktion, Handel und Konsum stellt die SSÖ Gemeingüter wieder in den Mittelpunkt und schafft ein neues Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Gesellschaft, um zu gewährleisten, dass jeder über das verfügt, was sie für ein gutes Leben braucht – die Essenz eines neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrags.[141] Wie dieser Bericht zeigt, sind angemessene rechtliche Rahmenbedingungen und die öffentliche Politik entscheidend für die Förderung der SSÖ und die Maximierung ihres Potenzials, Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltiger zu machen (siehe Kasten O.4).

Eine *transformative Sozialpolitik* und ein fairer Fiskalvertrag spielen eine Schlüsselrolle bei der Umstellung des derzeitigen Entwicklungsmodells auf soziale und Klimagerechtigkeit.[142] Sie sind der Kern eines neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrags, der Wirtschaft und Gesellschaft zugutekommt, den sozialen Zusammenhalt und das Vertrauen stärkt und den Regierungen Legitimität und Glaubwürdigkeit verleiht. Institutionalisierte, langfristige, universelle und auf den Menschenrechten basierende Ansätze für die soziale Sicherung, die alle Gesellschaftsschichten ermächtigen, eine Rolle bei der Entwicklung ihrer Gemeinschaften zu spielen, sind der Schlüssel zum Abbau von Ungleichheiten und zur Stärkung der Resilienz gegenüber künftigen Schocks und Krisen.[143] Eine transformative Sozialpolitik spielt

Die Erfahrung der Self-Employed Women's Association (Vereinigung selbständig erwerbstätiger Frauen, SEWA), die seit über fünf Jahrzehnten in Indien Frauen im informellen Sektor organisiert, hat gezeigt, dass es zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen, mit denen diese Arbeiterinnen konfrontiert sind, notwendig ist, ihre kollektive Handlungsfähigkeit, ihre Verhandlungsmacht und ihre Führungsrolle zu stärken, um sie im Kampf gegen ungerechte Arbeitsbedingungen zu unterstützen und ihnen eine Stimme, Sichtbarkeit und Geltung als Arbeiterinnen zu verleihen.

– Reema Nanavaty
Direktorin,
Self-Employed Women's Association (SEWA)

Kasten 0.4 Förderung von SSÖ durch öffentliche Politik: Richtlinien für lokale Regierungen — Dakar

Im Senegal wurde die SSÖ als Reaktion auf ein Wachstum gefördert, das nicht zu breiteren sozialen Entwicklungsfortschritten geführt hat. Die senegalesische Wirtschaft ist jüngst (2016-2019) mit einer durchschnittlichen jährlichen Rate von mehr als 6 Prozent gewachsen, vor allem aufgrund der Binnennachfrage, die durch öffentliche Ausgaben und steigende Haushaltseinkommen, einschließlich Überweisungen senegalesischer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Ausland, angekurbelt wurde. Trotz des Wirtschaftswachstums erreichten die Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquoten im Jahr 2019 16,9 % bzw. 27,7 %. Die Quoten sind in ländlichen Gebieten und bei Frauen höher. Im Jahr 2019 lagen die Arbeitslosenquoten für Frauen und Männer bei 27,6 % bzw. 8,6 %. Die Mehrheit der senegalesischen Bürgerinnen und Bürger glaubt nicht, dass sie an den Vorteilen des Wirtschaftswachstums teilhaben, und die Armut ist tief verwurzelt.

Zwei bemerkenswerte Reaktionen der SSÖ auf diese Situation sind Wohnungsbaugenossenschaften und genossenschaftliche Krankenversicherungen. Vor dem Hintergrund steigender Wohnkosten ist die genossenschaftliche Option zu einer Alternative für Menschen geworden, die ein Haus besitzen wollen. In der Region Dakar wurden mehr als 600 Wohnungsbaugenossenschaften gegründet. Darüber hinaus wurden seit 2012 mehr als 100 Gesundheitsgenossenschaften gegründet. Sie bieten Krankenversicherungen an, schließen die große Lücke in der öffentlichen Gesundheitsversorgung und tragen zur Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten bei.

Als Reaktion auf das Wachstum des SSÖ-Sektors und seiner Vorteile hat die senegalesische Regierung den SSÖ-Sektor im Rahmen des Emerging Senegal Plan als vorrangigen Sektor und als zweitwichtigste von fünf Hauptinitiativen eingestuft. Die Regierung beschloss, den SSÖ-Sektor zu fördern und zu entwickeln, da die produktive und umverteilende Funktion der SSÖ dazu beitragen kann, benachteiligte und marginalisierte Menschen an den Vorteilen des Wirtschaftswachstums teilhaben zu lassen und folglich eine demokratische Gesellschaft zu stärken.

Im Juni 2021 verabschiedete das senegalesische Parlament das SSÖ-Rahmengesetz, das die offiziellen Definitionen der im SSÖ-Sektor verwendeten Begriffe und spezielle Steuern für den SSÖ-Sektor einführte und einen nationalen SSÖ-Rat schuf, der die zentrale nationale Institution zur Förderung der SSÖ sein wird. RACTES (Réseau des Acteurs et Collectivités de l'ESS—Netzwerk der SSÖ Akteure und Körperschaften) spielte eine wichtige Rolle durch die Bereitstellung von Beiträgen für die Gesetzgeber und Lobbyarbeit zur Verabschiedung des SSÖ-Rahmengesetzes. Insbesondere Empfehlungen zu politischen Maßnahmen zur Förderung der SSÖ, die aus der UNRISD-Forschung „Public Policies for Social and Solidarity Economy: The Experience of the City of Dakar"[a] und „Guidelines for Local Governments on Policies for Social and Solidarity Economy"[b] hervorgingen, wurden als Kapitel IV. Mésures d'accompagnement et de promotion de l'ESS (Unterstützungs- und Förderungsmaßnahmen für die SSÖ) des SSÖ-Rahmengesetzes angenommen.

[a] Diop und Samb 2021; [b] Jenkins et al. 2021.

Quellen: Diop und Samb 2021; RTES 2021

eine besondere Rolle bei der Umverteilung der unbezahlten Sorgearbeit in der Gesellschaft und bei der Unterstützung der sozialen Reproduktion, indem sie die Bereiche wieder miteinander verbindet, deren Trennung uns in das aktuelle Krisenszenario geführt haben — die Trennung zwischen bezahlten Marktleistungen und unbezahlten Haushalts- oder Umweltleistungen. Die Sozialpolitik ist ebenfalls sehr wichtig für die Stabilisierung der Wirtschaft durch die so genannten automatischen Stabilisatoren (wenn die Wirtschaft im Abschwung schrumpft, sinken die Steuereinnahmen und die Transferzahlungen steigen, und umgekehrt im Aufschwung), für die Produktion durch Investitionen in gesunde und gut ausgebildete Arbeitskräfte und für die Umverteilung der Markteinkommen, um die Einkommensgleichheit zu erhöhen, was sich positiv auf das Wachstum und die Armutsbekämpfung auswirkt.[144] Sozialversicherungen und Sozialhilfeprogramme schützen die Menschen vor Lebenszyklus- und Marktrisiken und sind wichtige Instrumente zur Abfederung der Auswirkungen von Krisen, Schocks und humanitären Notsituationen.[145]

Es ist notwendig, die Ideen rund um die Fürsorge und die Sorgeethik neu zu erfinden und zu klären, wie Sorgearbeit und -dienstleistungen in marktwirtschaftlichen und nicht marktwirtschaftlichen Bereichen bewertet werden.[146] Sorgearbeit und Fürsorge müssen im Mittelpunkt eines neuen Wirtschafts- und Sozialmodells stehen. Globale Trends wie die Alterung der Bevölkerung und die Covid-19-Pandemie haben gezeigt, dass wir uns an einem Wendepunkt befinden, an dem eine Sorgekrise droht. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, brauchen wir öffentlich finanzierte (universelle) Pflege- und Betreuungsdienstleistungen, einschließlich der Gesundheitsfürsorge, und wir müssen die Arbeitsbedingungen der Pflege- und Betreuungskräfte, einschließlich Hausangestellten, verbessern und gleichzeitig ein unterstützendes Umfeld für unbezahlte Sorgearbeiter und -arbeiterinnen schaffen, indem wir den Zugang zu sozialen Diensten und sozialer Sicherung verbessern und die Kombination von bezahlter und unbezahlter Arbeit erleichtern, z. B. durch Arbeitsmarktregulierung und Elternzeitregelungen.[147] Die Reform des Sorgesektors und unseres

Die Verwirklichung von Vorschlägen [zur Demokratisierung des Zugangs zu Impfstoffen] wird durch Zwänge behindert, die hauptsächlich politischer Natur sind und die die beträchtliche Lobbymacht widerspiegeln, die große Unternehmen bei Staaten in der ganzen Welt haben. Solche Zwänge sind jedoch nur dann verbindlich, wenn Bürger und Bürgerinnen nicht genügend Gegendruck auf ihre Regierungen ausüben. Dies ist nicht nur notwendig, um die Impfstoffgerechtigkeit zu gewährleisten, die für die Bewältigung der Covid-19-Pandemie unerlässlich ist, sondern auch, um die internationale Solidarität zu erreichen, die eine Mindestvoraussetzung dafür ist, dass die Menschheit andere existenzielle Bedrohungen, wie die des Klimawandels, bewältigen kann.

– Jayati Ghosh
Professorin, Universität von Massachusetts Amherst

Sorgeansatzes ist ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zu einem neuen, auf Gerechtigkeit basierenden Geschlechtervertrag.

Eine transformative Sozialpolitik basiert im Gegensatz zu einer residualen oder auf bestimmte Zielgruppen ausgerichteten Sozialpolitik auf institutionalisierten Rechten und bietet eine universelle Abdeckung für alle und über den gesamten Lebensverlauf hinweg, z. B. universelles Kindergeld und Sozialrenten,[148] Maßnahmen zur sozialen Eingliederung,[149] Ausweitung der sozialen Sicherung auf informelle und selbständige Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen,[150] Grundeinkommensgarantien[151] und Mindestlohnpolitik.[152] Sie umfassen grundlegende soziale Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung sowie arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Förderung produktiver Beschäftigung und menschenwürdiger Arbeit, wobei gleichzeitig die Möglichkeiten der Beschäftigten, sich im Berufsleben zu entfalten, erweitert und ihre Anpassungsfähigkeit an das sich wandelnde wirtschaftliche Umfeld gefördert werden.[153] Wenn sie gut konzipiert und umgesetzt werden, können sie sich mit intersektionellen Ungleichheiten, sozialer Ausgrenzung und Stratifizierung befassen und gleichzeitig ein stärkeres Gefühl von Bürgerschaft und Solidarität schaffen.[154] Die Unterstützung marginalisierter und vulnerabler Gruppen kann durch positive Maßnahmen, Bewusstseinsbildung und Aufklärung sowie durch Maßnahmen zur Minimierung von Diskriminierung und Voreingenommenheit bei der Politikumsetzung erreicht werden.[155] Von besonderer Bedeutung sind integrierte Ansätze, die Synergien zwischen Sozialpolitik und Dienstleistungserbringung schaffen können, z. B. integrierte Sorgesysteme,[156] und zwischen sozialen und ökologischen Zielen, z. B. ökosoziale Politiken.[157]

Sozialpolitische Maßnahmen müssen durch einen fairen Fiskalvertrag finanziert werden,[158] der sowohl die Nachhaltigkeit der Finanzierung als auch die Verringerung von Ungleichheiten und negativen sozialen Auswirkungen gewährleistet.[159] Die Besteuerung hat das größte Potenzial, zu Nachfragewachstum, wirtschaftlicher Stabilität und größerer Gleichheit beizutragen, wenn sie auf hohe Einkommen, übermäßige Zufallsgewinne und die damit verbundene Anhäufung von Vermögen und spekulative Aktivitäten[160] abzielt und gleichzeitig Anreize für nachhaltige Produktion und nachhaltigen Konsum bietet.[161] Erfolgreiche Steuerverhandlungen auf nationaler Ebene setzen voraus, dass die wirtschaftlichen Eliten wieder in den Gesellschaftsvertrag einbezogen werden. Reformen auf globaler Ebene sollten die globale Umverteilung und den nachhaltigen Zugang zu Finanzmitteln fördern, die Auslandsverschuldung im globalen Süden reduzieren und die Finanzialisierung, den Steuerwettbewerb, die Steuervermeidung und die Kapitalflucht eindämmen.[162]

In einer stark integrierten Welt, in der transnationale Fragen immer mehr an Bedeutung gewinnen, werden uns nationale politische Reformen nur begrenzt weiterbringen. Die dritte Säule eines neuen Entwicklungsmodells für soziale und Klimagerechtigkeit ist ein reformiertes globales Governance System, das auf einem *neu konzipierten Multilateralismus und gestärkten Solidaritätsprinzipien* beruht und die gegenseitigen Abhängigkeiten aller Menschen sowie zwischen Mensch und Natur anerkennt.[163] Dieses globale System sollte ein günstiges Umfeld für Sicherheit, Frieden, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung schaffen und versuchen, die Brüche und

Ungleichheiten, die uns trennen, zu überwinden. Um die neoliberale Hyperglobalisierung einzudämmen und globale Machtasymmetrien zu überwinden, müssen Regeln und Vorschriften gestärkt werden, die die Weltwirtschaft wieder in soziale und ökologische Normen einbetten, das Gewicht des globalen Südens in den internationalen Beziehungen und der Weltwirtschaft erhöhen, die Stimme und den Einfluss der Zivilgesellschaft im Multilateralismus stärken und Solidarität und neue Werte fördern. Dieses neue Entwicklungsmodell muss durch eine transformative Politikplattform untermauert werden, die auf den Abbau von Ungleichheiten abzielt (siehe Abbildung O.5).[164]

Zusammengefasst erfordert die Schaffung einer Wirtschaft und Gesellschaft, die sich der gegenseitigen Fürsorge und der Entwicklung aller verschreibt, dass wir unsere Prioritäten überdenken, uns von der ausschließlichen Konzentration auf Wachstum und Gewinne lösen und Institutionen, Politiken und Verhaltensweisen ändern, die sich negativ auf unsere Wirtschaft, Umwelt und sozialen Beziehungen auswirken, und dies auf nationaler und globaler Ebene.

Die Schlüsselfrage ist nun, wie wir die politische Unterstützung und die finanziellen Mittel für die Umsetzung dieser Vorschläge in die Praxis erreichen können. Die Bildung von Allianzen ist von entscheidender Bedeutung, um die Macht der Vielen wirksam zu nutzen, um den Einfluss der Wenigen zu zügeln und die bestehenden Machtstrukturen neu auszutarieren. Solche Allianzen nehmen heute ganz andere Formen an als in der Vergangenheit, sie passen sich an und verändern sich angesichts sich entwickelnder Wirtschaftssysteme, sich wandelnder Identitäten, neuer Formen der Politik und Kommunikation, einer veränderten Arbeitswelt und neu definierter Vorstellungen von Familie, sozialer Klasse und Gemeinschaft. So entstehen beispielsweise Formen des kollektiven Widerstands unter digitalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die soziale Medien nutzen, um Streiks und Proteste zu organisieren und Gewerkschaften oder Bündnisse zu gründen, und die juristische Mechanismen nutzen, um für ihre Rechte einzutreten.[165] Unter marginalisierten Gruppen entstehen neue Formen der Zusammenarbeit, da sie verschiedene Strategien anwenden, um sich an die sich schnell verändernde Umwelt anzupassen und gleichzeitig ihren Lebensunterhalt zu stabilisieren. Sie entwickeln innovative Strategien, um ihre Kapitalbasis für Investitionen zu erhöhen, wie im Fall der Fischer in Tamil Nadu,[166] oder ko-produzieren soziale Dienstleistungen, um ihre

Beziehungen zu Staat und Markt zu verändern, wie im Fall von informellen Arbeiterinnen in Indien und Thailand.[167] Sie bauen Netzwerke verschiedener Arten von Akteuren auf, wie z. B. zwischen Hausangestellten und Hausfrauen in Uruguay, um für Arbeitsrechte und Gleichstellung zu mobilisieren.[168] Allianzen zwischen Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmerverbänden haben durch die Nutzung von Mechanismen des sozialen Dialogs und den konstruktiven Beitrag von Experten zu einer Erhöhung der Mindestlöhne, einer Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz und zu Fortschritten bei anderen Formen der Arbeitsgesetzgebung geführt.[169]

UNRISD-Forschungen haben gezeigt, dass eine Kombination aus fortschrittlicher Führung, die vom Gemeinwohl und dem öffentlichen Interesse inspiriert ist, und Druck von unten durch protestierende Bürgerinnen und Bürger, fortschrittliche soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Organisationen, unterstützt von multilateralen Organisationen und Rahmenwerken, einen großen Beitrag zu nachhaltigeren und inklusiveren Entwicklungsansätzen leisten kann.[170] Aus den Erfahrungen, die in der Vergangenheit bei der Bekämpfung von Ungleichheit gemacht wurden, und daraus, welche Politiken und politischen Strategien sich bewährt haben, lassen sich Lehren für künftige Anstrengungen ziehen.[171] Nur durch diese Form des kollektiven Lernens und Handelns werden wir in der Lage sein, sowohl die Strategien zu identifizieren als auch die nötige Kraft aufzubringen, um die notwendige ökosoziale Wende zu unterstützen und einen neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrag aufzubauen. Ein solcher Vertrag muss auf einem neuen Modell der nachhaltigen Entwicklung beruhen, das nicht nur krisenresilienter ist, sondern auch viel inklusiver, egalitärer und in Harmonie mit unserem Planeten ist als die bisherigen Modelle.

KERNAUSSAGEN KAPITEL 5

EINS

Wir brauchen ein neues Entwicklungsmodell für soziale und Klimagerechtigkeit. Die Umsetzung der Vision eines neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrags erfordert einen integrierten Ansatz, der aus drei sich gegenseitig stärkenden Säulen besteht: alternative Wirtschaftsansätze, die Umwelt- und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen und die Beziehungen zwischen Staat, Gesellschaft, Märkten und Natur neu ausbalancieren; transformative Sozialpolitik, die durch einen fairen Fiskalvertrag finanziert wird; und Stärkung von Multilateralismus und Solidarität.

●○○○○

ZWEI

Alternative Wirtschaftsansätze — wie die Sozial- und Solidarökonomie, progressive Vorschläge für einen Green New Deal und Strategien für einen gerechten Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft — **versprechen, unsere Volkswirtschaften nachhaltiger und gerechter zu machen.** Um diesen Wandel zu erreichen, müssen die Staaten eine aktive entwicklungspolitische Rolle spielen und ihren politischen Spielraum erweitern, insbesondere im globalen Süden.

○●○○○

DREI

Eine transformative Sozialpolitik ist der Schlüssel zu einem neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrag. Dazu gehören universelle soziale Sicherung und Sozialdienstleistungen, integrierte Sorgesysteme und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Förderung menschenwürdiger Arbeit und produktiver Beschäftigung. Sie müssen auf einem fairen Fiskalpakt beruhen, bei dem die Reichen relativ mehr zahlen als die Armen, und gleichzeitig innovative Finanzierungsinstrumente fördern, die den Übergang zur Nachhaltigkeit unterstützen.

○○●○○

VIER

Fortschritte bei der Transformation auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene können durch ein neu konzipiertes multilaterales System und Solidarität gestärkt werden. Internationale Reformen und Regulierungen zur Unterstützung eines transformativen Wandels sind in mehreren Bereichen erforderlich: Eindämmung des Steuerwettbewerbs und der Steuervermeidung, Verbesserung der Sozial- und Umweltstandards entlang globaler Wertschöpfungsketten, Umkehrung der wirtschaftlichen und politischen Machtkonzentration der globalen Wirtschaftselite und Stärkung der globalen Umverteilung und Zusammenarbeit. Die Machtasymmetrien im Multilateralismus müssen durch die Stärkung des globalen Südens und der zivilgesellschaftlichen Akteure ausgeglichen werden.

○○○●○

FÜNF

Der transformative Wandel kann durch ein neues Narrativ unterstützt werden, das sich von den Mythen der sich selbst korrigierenden Märkte, der endlos erneuerbaren natürlichen Ressourcen und der „Trickle-down"-Entwicklung verabschiedet. Ein solcher Ansatz muss sich mit den strukturellen Krisenfaktoren, den tief verwurzelten Ungleichheiten und den inneren Widersprüchen der neoliberalen Hyperglobalisierung befassen. Fortschrittliche Führungspersönlichkeiten, aktive Bürger und soziale Bewegungen müssen ihre Kräfte bündeln, um eine wirklich umfassende Vision von Klima- und sozialer Gerechtigkeit zu erreichen.

○○○○●

Endnoten

1 Oxfam 2022a.
2 UN 2021a.
3 UN 2015.
4 Chancel und Piketty 2021; UN DESA 2020a.
5 Bartels 2008; Cagé 2020; Cárdenas und Robles-Rivera 2020; Gilens 2012.
6 Ortiz et al. 2020.
7 Radačić und Facio 2020; Roggeband und Krizsán 2020.
8 UN DESA 2020b; UNHCR 2022.
9 UNCTAD 2020.
10 Dasgupta 2021; IPCC 2021; UNDP 2020.
11 Oxfam 2021, 2022a.
12 Credit Suisse 2022; Oxfam 2018, 2022a.
13 Oxfam 2022a.
14 Hujo und Carter 2022.
15 Siehe z. B. Berg und Ostry (2011), Chancel (2017), Dorling (2019), Mounk (2018), Stiglitz (2012), Therborn (2013), UNDP (2019), UNRISD (2010) und Wilkinson und Pickett (2009).
16 Hujo und Carter 2019a; Oxfam 2021; UN 2022a.
17 Stewart 2013, 2016.
18 UN 2022a.
19 UNRISD 2000, 2010; Utting et al. 2012.
20 Fraser 2021.
21 Siehe z. B. Meagher (2022) und Standing (2019).
22 Heintz et al. 2021; UN 2021a.
23 Fraser 2021; Offe 1976.
24 Koh und Yu 2020.
25 Ortiz und Cummins 2021.
26 UN DESA 2022.
27 Ortiz et al. 2020.
28 Blanton et al. 2019.
29 UN 2021b.
30 IPCC 2021.
31 WWF 2020.
32 WMO 2021.
33 Oxfam 2022a.
34 Neumann et al. 2015.
35 WMO 2021.
36 ILO 2018a.
37 Devercelli und Beaton-Day 2020.
38 UN Women 2020a.
39 ILO 2018a.
40 ILO 2018a.
41 ILO 2018a.
42 ILO 2018a.
43 Civicus 2020.
44 Brannen et al. 2020.
45 UNDP 2021.
46 IPU 2022.
47 Noam 2016.
48 Lupu und Warner 2022.
49 WHO o.D.
50 *The Economist* 2022.
51 UN 2021a.
52 ILO 2021a.
53 CDC 2022.
54 Our World in Data o.D.a.
55 Oxfam 2022a.
56 ILO 2021b.
57 UNRISD 2016; Utting et al. 2012.
58 UNRISD 2016.
59 Horn et al. 2009; Rajan 2010; Stiglitz 2012; Stockhammer 2015; UN 2017.
60 Dymski et al. 2013; Fukuda-Parr et al. 2013.
61 Ortiz et al. 2020.
62 Grusky et al. 2011.

63 Gough 2017; Monkelbaan 2021; Raworth 2018.
64 Raworth 2018; Rockström et al. 2009.
65 Our World in Data o.D.b.
66 Oxfam 2020a.
67 Dowling 2021a; Fraser 2016.
68 UN Women 2019.
69 ILO 2018a.
70 Oláh 2015; OECD 2011.
71 Razavi 2007; UN Women 2018.
72 Esquivel und Kaufmann 2017; UN Women 2020b.
73 ILO 2018a.
74 Batthyany 2020.
75 Antonopoulos et al. 2012; UN 2020a; UN Women 2020c, 2020d.
76 Brannen et al. 2020; CIVICUS 2020; Ortiz et al. 2022.
77 Offe 1976; Vaugirard 2007.
78 Perry 2021.
79 Bjørnskov 2007; Gould und Hijzen 2016; Rothstein und Uslaner 2005.
80 Crouch 2004; Mkandawire 2006; Reich 1991.
81 Mounk 2018; Mudde und Rovira Kaltwasser 2017; Zakaria 1997.
82 Poteat et al. 2020.
83 Oxfam 2022a.
84 UN 2020b; UN DESA 2020c.
85 Foley und Piper 2021; Guadagno 2020; ILO 2020a.
86 Alcântara et al. 2020; Guy 2020; Slattery et al. 2020.
87 UNCTAD 2021.
88 Credit Suisse 2022.
89 Crenshaw 1991; Kabeer 2014; Stewart 2013; UNRISD 2010.
90 Chancel 2017; Lakner et al. 2020; Stiglitz 2012; Therborn 2013; UNDP 2019, 2020; UNRISD 2010; Wilkinson und Pickett 2009.
91 Kesselring et al. 2019; Milanovic 2016; Phillips 2017; Sachs et al. 2020; Stiglitz 2012; UNCTAD 2015.
92 Hujo und Carter 2019a; Meagher 2022; Standing 2014.
93 Chancel und Piketty 2021.
94 Chancel und Piketty 2021.
95 Bourguignon 2016.
96 Independent Group 2019.
97 UN DESA 2020a.
98 UNDP 2019.
99 Oxfam 2022b.
100 Alkire et al. 2020; Hughes et al. 2009; Hujo und Carter 2019a; Independent Group 2019.
101 Jelin et al. 2017.
102 IWGIA 2021; UN 2020c.
103 Flores et al. 2020.
104 UN 2021a.
105 Krause 2019; Tran und Krause 2020.
106 ILO 2020b; Ghosh 2021.
107 UN DESA 2020c.
108 Atria et al. 2020; Krozer 2020; Moraes Silva et al. 2022; Seekings 2022.
109 Bartels 2008; Cagé 2020; Dal Bó et al. 2017; Gilens 2012; Lupu und Warner 2022; López und Dubrow 2020; Pontusson 2018; Traber et al. 2021.
110 Fairfield 2015; Schiffrin 2021.
111 Korten 2015.
112 Dauvergne 2018.
113 Oxfam 2020b.
114 Earthworks et al. 2020; Encarnación López 2020; Gangitano 2020; Kopp 2020; Lazarus 2020; Myers 2020; Ross 2020.
115 UNDP 2019.
116 IPU 2022.
117 Kaplani und Carter 2020.
118 Oxfam 2020b.
119 Hobbes 1996 [1651]; Locke 1823 [1690]; Rousseau 1762.
120 Kempf et al. 2022.
121 UN 2021a.
122 Sen und Durano 2014; Ulriksen und Plagerson 2014.
123 Mills 2007; Pateman 1988.
124 Desai 2022; Loewe et al. 2021.
125 Therborn 2014.
126 Chemhuru 2017.
127 Barié 2014; Paz Arauco 2020.
128 Kothari et al. 2014.
129 Desai 2022.
130 Adesina 2010; Aina 2021; Mkandawire 2009; Noyoo und Boon 2021; Nugent 2010.
131 Alfers et al. 2022; Meagher 2022; Nugent 2010; Prügl et al. 2021; Sen und Durano 2014.
132 Cornia 2021; UNRISD 2016.
133 UNCTAD 2019.
134 Gallagher und Kozul-Wright 2019; Gough 2021; Pettifor 2019; UNCTAD 2019; Yu 2021.
135 JTRC 2019.
136 Utting und O'Neill 2020.
137 Mazzucato 2013.
138 Gabor 2021.
139 Mazzucato 2021; UNCTAD 2021.
140 UNRISD 2016; Utting 2015; Yi 2017.
141 Gough 2021; Standing 2019; Unmüßig et al. 2012.
142 UNRISD 2010, 2016.
143 UN DESA 2020c.
144 Mkandawire 2004.
145 UNRISD 2010, 2016.
146 Fraser 2016; Ulriksen und Plagerson 2014.
147 ILO 2018a; UNRISD 2016, 2018a, 2018b, 2018c.
148 Hujo 2014; Hujo und Carter 2019b; Hujo und Cook 2012.
149 Koehler und Namala 2020.
150 Abramo et al. 2019; ILO 2018b.
151 UN Women 2021.
152 Francis und Valodia 2021.
153 UNRISD 2016.
154 Ulriksen und Plagerson 2014.
155 Pires 2022.

156 Esquivel und Kaufmann 2017; UNRISD 2016.
157 UNRISD 2016.
158 UNRISD 2016.
159 Hujo 2020; UNRISD 2021b.
160 Oxfam 2022b; UNCTAD 2019.
161 Siehe UN (2022b).
162 UN 2022b; UNCTAD 2021.
163 UNDP 2022.
164 Hujo und Carter 2019a.
165 Meagher 2022.
166 Rao und Manimohan 2020.
167 Alfers 2022.
168 Rojas Scheffer 2022.
169 Francis und Valodia 2021; Torres-Tovar 2019.
170 UNRISD 2016.
171 DFI und Oxfam 2020; Pathfinders for Peaceful, Just and Inclusive Societies 2021; Phillips 2020.

Literaturhinweise

Abramo, Laís, Simone Cecchini und Beatriz Morales. 2019. *Programas sociales, superación de la pobreza e inclusión laboral: aprendizajes desde América Latina y el Caribe*. Santiago: Comisión Económica para América Latina y el Caribe.

Adesina, Jimi O. 2010. *Rethinking the Social Protection Paradigm: Social Policy in Africa's Development*. Papier vorbereitet für die Konferenz Promoting Resilience through Social Protection in Sub-Saharan Africa, 28–30 June. Dakar: European University Institute.

Aina, Tade Akin. 2021. "Reclaiming Transformative Social Policy for Inclusive Development." In *Social Policy in the African Context,* herausgegeben von Jimi O. Adesina, 13–28. Dakar: Council for the Development of Social Science Research in Africa.

Alcântara, Enner, José Mantovani, Luiz Rotta, Edward Park, Thanan Rodrigues, Fernando Campos Carvalho und Carlos Roberto Souza Filho. 2020. "Investigating Spatiotemporal Patterns of the COVID-19 in São Paulo State, Brazil." *Geospatial Health*, 15(2):201–209.

Alfers, Laura. 2022. "Informal Workers Co-Producing Social Services in the Global South: Task Shifting or Political Strategy Towards a New Social Contract?" In *Between Fault Lines and Frontlines: Shifting Power in an Unequal World*, herausgegeben von Katja Hujo und Maggie Carter, 226–241. London: Bloomsbury.

Alfers, Laura, Martha Chen und Sophie Plagerson (Hg.). 2022. *Social Contracts and Informal Workers in the Global South*. Cheltenham: Edward Elgar.

Alkire, Sabina, Pedro Conceição, Maria Cecilia Calderón, Jakob Dirksen, Maya Evans, Rolando Gonzales Martinez, Jon Hall, Admir Jahic, Usha Kanagaratnam, Maarit Kivilo, Milorad Kovacevic, Fanni Kovesdi, Corinne Mitchell, Ricardo Nogales, Anna Ortubia, Monica Pinilla-Roncancio, Natalie Quinn, Carolina Rivera, Sophie Scharlin-Pettee und Nicolai Suppa. 2020. *Charting Pathways out of Multidimensional Poverty: Achieving the SDGs*. New York: United Nations Development Programme; Oxford: Oxford Poverty and Human Development Initiative.

Antonopoulos, Rania, Thomas Masterson und Ajit Zacharias. 2012. *It's About "Time": Why Time Deficits Matter for Poverty.* Economics Public Policy Brief No. 126. New York: Levy Economics Institute.

Atria, Jorge, Julius Durán und Simón Ramírez. 2020. *Business Elites' Attitudes Toward Taxation and the State: The Case of Chile.* Occasional Paper: Overcoming Inequality in a Fractured World Nr. 13. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Ayelazuno, Jasper Abembia und Maxwell Akansina Aziabah. 2021. *Leaving No One Behind in Ghana Through University Education: Interrogating Spatial, Gender and Class Inequalities.* Working Paper Nr. 2021-1. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Barié, Cletus Gregor. 2014. "Nuevas narrativas constitucionales en Bolivia y Ecuador: el buen vivir y los derechos de la naturaleza." *Latinoamérica: Revista de Estudios Latinoamericanos,* 59:9–40.

Bartels, Larry M. 2008. *Unequal Democracy: The Political Economy of the New Gilded Age*. Princeton: Princeton University Press.

Batthyany, Karina. 2020. *La Pandemia Evidencia y Potencia la Crisis de los Cuidados*. Pensar la Pandemia: Observatorio Social del Coronavirus Nr. 1. Buenos Aires: Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales.

Berg, Andrew G. und Jonathan D. Ostry. 2011. *Inequality and Unsustainable Growth: Two* Sides *of the* Same Coin? IMF Staff Discussion Note DN/11/08. Washington, DC: International Monetary Fund.

Bjørnskov, C. 2007. "Determinants of Generalized Trust: A Cross-Country Comparison." *Public Choice*, 130(1):1–21.

Blanton, Robert, Shannon Blanton und Dursun Peksen. 2019. "The Gendered Consequences of Financial Crises: A Cross-National Analysis." *Politics & Gender*, 15(4):941–970.

Bourguignon, François. 2016. "Global versus national inequality." In *World Social Science Report 2016 – Challenging Inequalities: Pathways to a Just World*, 1-5. Paris: United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) und International Social Science Council (ISSC).

Brannen, Samuel, Christian Haig und Katherine Schmidt. 2020. *The Age of Mass Protests: Understanding an Escalating Global Trend*. Washington, DC: Center for Strategic and International Studies.

Cagé, Julia. 2020. *The Price of Democracy: How Money Shapes Politics and What to Do about It.* Cambridge, MA: Harvard University Press.

Cárdenas, Julian und Francisco Robles-Rivera. 2020. *Business Elites in Panama: Sources of Power and State Capture*. Occasional Paper: Overcoming Inequality in a Fractured World Nr. 12. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Carter, Maggie und Katja Hujo. 2021. *Universities and Social Inequalities in the Global South.* Research and Policy Brief Nr. 37. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

CDC (Centers for Disease Control and Prevention). 2022. *Risk for COVID-19 Infection, Hospitalization, and Death By Race/Ethnicity*. Atlanta: CDC.

Chancel, Lucas. 2017. *Insoutenables inégalités: pour une justice sociale et environnementale.* Paris: Les Petits Matins.

Chancel, Lucas und Thomas Piketty. 2021. *Global Income Inequality, 1820–2020: The Persistence and Mutation of Extreme Inequality*. Working Paper Nr. 2021-19. Paris: World Inequality Lab.

Chemhuru, Munamato. 2017. "Gleaning the Social Contract Theory from African Communitarian Philosophy." *South African Journal of Philosophy*, 36(4):505–515.

CIVICUS. 2020. *People Power Under Attack: A 2020 Report Based on the CIVICUS Monitor*. Johannesburg: CIVICUS.

Cornia, Giovanni Andrea. 2021. *Latin America's Income Inequality under Five Political Regimes, 1870–2018.* Working Papers–Economics, WP 2021-12. Florence: Universita' degli Studi di Firenze, Dipartimento di Scienze per l'Economia e l'Impresa.

Credit Suisse. 2022. *Global Wealth Report 2022.* Zurich: Credit Suisse AG, Research Institute.

Crenshaw, Kimberlé. 1991. "Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics, and Violence against Women of Color." *Stanford Law Review*, 43(6):1241–1299.

Crouch, Colin. 2004. *Post-Democracy*. Cambridge: Polity Press.

Dal Bó, Ernesto, Frederico Finan, Olle Folke, Torsten Persson und Johanna Rickne. 2017. "Who Becomes a Politician?" *The Quarterly Journal of Economics*, 132(4):1877–1914.

Dasgupta, Partha. 2021. *The Economics of Biodiversity: The Dasgupta Review*. London: HM Treasury.

Dauvergne, Peter. 2018. *Will Big Business Destroy Our Planet?* Medford/Cambridge, MA: Polity Press.

Desai, Manisha. 2022. *Communitarian Imaginaries as Inspirations for Rethinking the Eco-Social Contract?* Issue Brief Nr. 12. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Devercelli, Amanda und Frances Beaton-Day. 2020. *Better Jobs and Brighter Futures: Investing in Childcare to Build Human Capital*. Washington, DC: World Bank.

DFI (Development Finance International) und Oxfam. 2020. *Fighting Inequality in the Time of Covid-19: The Commitment to Reducing Inequality Index 2020*. Oxford: Oxfam GB.

Diop, Malick und Aminata Diop Samb. 2021. *Public Policies for Social and Solidarity Economy: The Experience of the City of Dakar*. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Dodman, David, Ibidun Adelekan, Donald Brown, Hayley Leck, Mtafu Manda, Blessing Mberu, Mark Pelling, Maria Rusca, David Satterthwaite und Faith Taylor. 2019a. "A Spectrum of Methods for a Spectrum of Risk: Generating Evidence to Understand and Reduce Urban Risk in Sub-Saharan Africa", *Area (Oxford),* 51(3):586–594.

Dodman, David, Diane Archer und David Satterthwaite. 2019b. "Editorial: Responding to Climate Change in Contexts of Urban Poverty and Informality." *Environment and Urbanization*, 31(1):3–12.

Dorling, Danny. 2019. *Inequality and the 1%.* 2nd edition. London: Verso Books.

Dowling, Emma. 2021a. *The Care Crisis: What Caused It and How Can We End It?* London: Verso.

DW. 2019. "Protestas en Chile han dejado 22 muertos y 2.200 heridos." *DW*, 15 November. https://www.dw.com/es/protestas-en-chile-han-dejado-22-muertos-y-2200-heridos/a-51260307.

Dymski, Gary, Jesus Hernandez und Lisa Mohanty. 2013. "Race, Gender, Power, and the US Subprime Mortgage and Foreclosure Crisis: A Meso Analysis." *Feminist Economics,* 19(3):24–151.

Earthworks, Institute for Policy Studies, London Mining Network, MiningWatch Canada, Terra Justa, War on Want and Yes to Life No to Mining. 2020. *Voices from the Ground: How the Global Mining Industry Is Profiting from the COVID-19 Pandemic*. Ottawa: MiningWatch Canada.

Encarnación López, María. 2020. "The Lives of Mexico's Maquiladora Workers Are Being Put at Risk by Lax COVID-19 Rules and the Demands of International Trade." Blog der *London School of Economics, Latin America and Caribbean Centre*, 25. Mai. https://blogs.lse.ac.uk/latamcaribbean/2020/05/25/the-lives-of-mexicos-maquiladora-workers-are-being-put-at-risk-by-lax-covid-19-rules-and-the-demands-of-international-trade/.

Esquivel, Valeria und Andrea Kaufmann. 2017. *Innovations in Care: New Concepts, New Actors, New Policies*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Global Policy and Development.

Fairfield, Tasha. 2015. *Private Wealth and Public Revenue in Latin America: Business Power and Tax Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.

Flores, Andrew R., Lynn Langston, Ilan H. Meyer und Adam P. Romero. 2020. "Victimization Rates and Traits of Sexual and Gender Minorities in the United States: Results from the National Crime Victimization Survey, 2017." *Science Advances*, 6(40):1–10.

Foley, Laura und Nicola Piper. 2021. "Returning Home Empty Handed: Examining How COVID-19 Exacerbates the Non-Payment of Temporary Migrant Workers' Wages." *Global Social Policy,* 21(3):468–489.

Francis, David und Imraan Valodia. 2021. "Inequality in the South African Labour Market: The Political Economy of the National Minimum Wage." Themed section on Social Protection and Inequality in the Global South: Politics, Actors and Institutions, herausgegeben von Katja Hujo. *Critical Social Policy*, 41(3):385–403.

Fraser, Nancy. 2021. "Climates of Capital: For a Trans-Environmental Eco-Socialism." *New Left Review*, 127:94–127.

Fraser, Nancy. 2016. "Contradictions of Capital and Care." *New Left Review*, 100:99–117.

Fukuda-Parr, Sakiko, James Heintz und Stephanie Seguino. 2013. "Critical Perspectives on Financial and Economic Crises: Heterodox Macroeconomics Meets Feminist Economics." *Feminist Economics*, 19(3):4–31.

Gabor, Daniela. 2021. "The Wall Street Consensus." *Development and Change,* 52(3):429–459.

Gaentzsch, Anja und Gabriela Zapata-Román. 2020. *Climbing the Ladder: Determinants of Access to and Returns from Higher Education in Chile and Peru*. Working Paper Nr. 2020-2. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Gallagher, Kevin P. und Richard Kozul-Wright. 2019. *A New Multilateralism for Shared Prosperity: Geneva Principles for a Global Green New Deal*. Boston: Global Development Policy Center; Genf: United Nations Conference on Trade and Development.

Gangitano, Alex. 2020. "Meat and Poultry Industry Groups Applaud Trump for Keeping Processing Plants Open." *The Hill*, 28 April. https://thehill.com/business-a-lobbying/495180-meat-and-poultry-industry-groups-applaud-trump-for-keeping-processing.

Ghosh, Jayati (Hrsg.). 2021. *Informal Women Workers in the Global South: Policies and Practices for the Formalisation of Women's Employment in Developing Economies*. London: Routledge.

Gilens, Martin. 2012. *Affluence and Influence: Economic Inequality and Political Power in America*. Princeton: Princeton University Press.

Gough, Ian. 2021. *Two Scenarios for Sustainable Welfare: New Ideas for an Eco-Social Contract*. Brüssel: The European Trade Union Institute.

Gough, Ian. 2017. *Heat, Greed and Human Need*. Northampton, MA: Edward Elgar.

Gould, Eric D. und Alexander Hijzen. 2016. *Growing Apart, Losing Trust? The Impact of Inequality on Social Capital*. IMF Working Paper WP/16/176. Washington, DC: International Monetary Fund.

Grusky, David B., Bruce Western und Christopher Wimer (Hg.). 2011. *The Great Recession*. New York: Russel Sage Foundation.

Guadagno, Lorenzo. 2020. "Migrants and the Covid-19 Pandemic: An Initial Analysis." Genf: International Organization for Migration.

Guterres, António. 2020. *Tackling the Inequality Pandemic: A New Social Contract for a New Era*. Botschaft des Generalsekretärs der Vereinten Nationen anlässlich der 18. Nelson-Mandela-Jahresvorlesung, 18. Juli.

Guy, Oliver. 2020. "Township Lockdown: How South Africa's Poor Bear the Cost of Coronavirus." *The New Humanitarian*, 23 April. https://www.thenewhumanitarian.org/feature/2020/04/23/South-Africa-coronavirusjobs-poverty.

Guzmán-Valenzuela, Carolina. 2016. "Unfolding the Meaning of Public(s) in Universities: Toward the Transformative University." *Higher Education*, 71:667–679.

Heintz, James, Silke Staab und Laura Turquet. 2021. "Don't Let Another Crisis Go to Waste: The COVID-19 Pandemic and the Imperative for a Paradigm Shift." *Feminist Economics*, 27(1/2):470–485.

Hobbes, Thomas. 1996 [1651]. *Leviathan*. Hamburg: Meiner.

Horn, Gustav A., Katharina Dröge, Simon Sturn, Till van Treeck und Rudolf Zwiener. 2009. *From the Financial Crisis to the World Economic Crisis: The Role of Inequality*. IMK Policy Brief. Düsseldorf: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung.

Hughes, Barry, Mohamood Irfan, Haider Khan, Krishna Kumar, Dale Rothman und Jose Solórzano. 2009. *Reducing Global Poverty*, Bd. 1. Abingdon: Routledge.

Hujo, Katja (Hrsg.). 2020. *The Politics of Domestic Resource Mobilization for Social Development*. Basingstoke: Palgrave Macmillan und United Nations Research Institute for Social Development.

Hujo, Katja (Hrsg.). 2014. *Reforming Pensions in Developing and Transition Countries*. Basingstoke: Palgrave Macmillan und United Nations Research Institute for Social Development.

Hujo, Katja und Maggie Carter (Hg.). 2022. *Between Fault Lines and Front Lines: Shifting Power in an Unequal World*. London: Bloomsbury.

Hujo, Katja und Maggie Carter. 2019a. *Overcoming Inequalities in the Context of the 2030 Agenda for Sustainable Development*. Issue Brief Nr. 10. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Hujo, Katja und Maggie Carter. 2019b. *Transformative Change for Children and Youth in the Context of the 2030 Agenda for Sustainable Development.* Office of Research—Innocenti Working Paper WP-2019-02. Florence: United Nations Children's Fund Office of Research.

Hujo, Katja und Sarah Cook. 2012. "The Political Economy of Social Pension Reform in Asia." In *Social Protection for Older People in Asia*, herausgegeben von Sri Wening Handayani und Babken Babajanian, 11–59. Manila: Asian Development Bank.

Huynh, Thi Phuong Linh und Hong-Quang Nguyen. 2020. *Transformative Adaptation and Social Justice in Ho Chi Minh City, Viet Nam*. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

ILO (International Labour Organization). 2021a. *World Social Protection Report 2020–22*. Genf: ILO.

ILO (International Labour Organization). 2021b. *Making Decent Work a Reality for Domestic Workers: Progress and Prospects Ten Years After The Adoption Of The Domestic Workers Convention, 2011 (Nr. 189)*. Genf: ILO.

ILO (International Labour Organization). 2020a. *COVID-19 and the World of Work. Sixth Edition: Updated Estimates and Analysis*. ILO Monitor. Genf: ILO.

ILO (International Labour Organization). 2020b. *World Employment and Social Outlook Trends*. Genf: ILO.

ILO (International Labour Organization). 2018a. *Care Work and Care Jobs for the Future of Decent Work*. Genf: ILO.

ILO (International Labour Organization). 2018b. *Presente y futuro de la protección social en América Latina y el Caribe*. Panorama Laboral Temático, 4. Genf: ILO.

Independent Group (of Scientists appointed by the UN Secretary-General). 2019. *Global Sustainable Development Report 2019: The Future Is Now—Science for Achieving Sustainable Development*. New York: United Nations.

IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change). 2021. *Climate Change 2021: The Physical Science Basis*. Beitrag der Arbeitsgruppe I zum Sechsten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen. Genf: IPCC.

IPU (Inter-Parliamentary Union). 2022. *Women in parliament in 2021: The year in review*. Genf: IPU.

IWGIA (International Working Group for Indigenous Affairs). 2021. *The Indigenous World 2021*. Kopenhagen: IWGIA.

Jelin, Elizabeth, Renata Motta und Sérgio Costa (Hg.). 2017. *Global Entangled Inequalities: Conceptual Debates and Evidence from Latin America*. London: Routledge.

Jenkins, Hamish, Ilcheong Yi, Samuel Bruelisauer und Kameni Chaddha. 2021. *Guidelines for Local Governments on Policies for Social and Solidarity Economy.* Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

JTRC (Just Transitions Research Collaborative). 2019. *Climate Justice from Below: Local Struggles for Just Transition(s)*. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Kabeer, Naila. 2014. "Social Justice and the Millennium Development Goals: The Challenge of Intersecting Inequalities." *Equal Rights Review*, 13:91–116.

Kaplani, Maria Elli Doufexi und Maggie Carter. 2020. *VoiceIt Report: Strengthening LGBTQI+'s Voice in Politics—Policy Report*. Athen: KMOP Social Action and Innovation Centre.

Kempf, Isabell, Katja Hujo und Rafael Ponte. 2022. "Why We Need a New Eco-Social Contract." *Sozialpolitik.ch*, 1(1.2):1-14.

Kesselring, Rita, Stefan Leins und Yvan Schulz. 2019. *Valueworks: Effects of Financialization along the Copper Value Chain*. Working Paper. Genf: Swiss Network for International Studies.

Koehler, Gabriele und Annie Namala. 2020. "Transformations Necessary to 'Leave No One Behind': Social Exclusion in South Asia." In *The Politics of Social Inclusion: Bridging Knowledge and Policies towards Social Change*, herausgegeben von Gabriele Köhler, Alberto D. Cimadamore, Fadia Kiwan und Pedro Manuel Monreal Gonzalez, 313–352. Paris: United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Comparative Research Programme on Poverty und ibidem Press.

Koh, Wee Chian und Shu Yu. 2020. "Macroeconomic Developments." In *A Decade after the Global Recession: Lessons and Challenges for Emerging and Developing Economies*, herausgegeben von M. Ayhan Kose und Franziska Ohnsorge, 117–161. Washington, DC: World Bank.

Kopp, Emily. 2020. "As Workers Face Virus Risks, Employers Seek Liability Limits." *Roll Call,* 17 April. https://www.rollcall.com/2020/04/17/as-workers-face-virus-risks-employers-seek-liability-limits/.

Korten, David. 2015. *When Corporations Rule the World*. Oakland: Berrett-Koehler Publishers.

Kothari, Ashish, Federico Demaria und Alberto Acosta. 2014. "Buen Vivir, Degrowth and Ecological Swaraj: Alternatives to Sustainable Development and Green Economy." *Development*, 57(3/4):362–375.

Krause, Dunja. 2019. *Transforming Coastal City Adaptation: From Idea to Practice*. Research and Policy Brief Nr. 27. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Krozer, Alice. 2020. *Seeing Inequality? Relative Affluence and Elite Perceptions in Mexico*. Occasional Paper: Overcoming Inequality in a Fractured World Nr. 8. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Lakner Christoph, Daniel Mahler, Mario Negre und Espen Prydz. 2020. *How Much Does Reducing Inequality Matter for Global Poverty?* Global Poverty Monitoring Technical Note, Juni 2020. Washington, DC: World Bank.

Lazarus, Anton. 2020. "5 Ways Opportunistic Lobbyists Are Using Coronavirus to Attack EU Environmental Laws." *META* from the European Environmental Bureau, 16 April. https://meta.eeb.org/2020/04/16/5-ways-opportunistic-lobbyists-are-using-coronavirus-to-attack-eu-environmental-laws/.

Lebeau, Yann und Ibrahim Ogachi Oanda. 2020. *Higher Education Expansion and Social Inequalities in Sub-Saharan Africa: Conceptual and Empirical Perspectives*. Working Paper Nr. 2020-10. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Locke, John. 1823 [1690]. *Two Treatises on Government.* London: Printed for Thomas Tegg; W. Sharpe und Son; G. Offor; G. und J. Robinson; J. Evans und Co.: Also R. Griffin und Co. Glasgow; und J. Gumming, Dublin.

Loewe, Markus, Tina Zintl und Annabelle Houdret. 2021. "The Social Contract as a Tool of Analysis." Introduction to the special issue on Framing the Evolution of New Social Contracts in Middle Eastern and North African Countries. *World Development*, 145:104982.

López, Matias und Joshua K. Dubrow. 2020. "Politics and Inequality in Comparative Perspective: A Research Agenda." *American Behavioral Scientist*, 64(9):1199–1210.

Lupu, Noam und Zach Warner. 2022. "Affluence and Congruence: Unequal Representation around the World." *The Journal of Politics*, 84(1):276–290.

Marginson, Simon. 2016. "High Participation Systems of Higher Education." *The Journal of Higher Education*, 87(2):243–271.

Mazzucato, Mariana. 2021. *Mission Economy: A Moonshot Guide to Changing Capitalism*. London: Allen Lane.

Mazzucato, Mariana. 2013. *The Entrepreneurial State: Debunking Public vs. Private Sector Myths*. London: Anthem Press.

McCowan, Tristan und Julio Bertolin. 2020. *Inequalities in Higher Education Access and Completion in Brazil*. Working Paper Nr. 2020-3. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Meagher, Kate. 2022. "Rewiring the Social Contract: Digital Taxis and Economic Inclusion in Nigeria." In *Between Fault Lines and Front Lines: Shifting Power in an Unequal World*, herausgegeben von Katja Hujo und Maggie Carter, 80–97. London: Bloomsbury.

Milanovic, Branko. 2016. *Global Inequality: A New Approach for the Age of Globalization*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Mills, Charles W. 2007. "The Domination Contract." In *Contract and Domination*, herausgegeben von Carole Pateman und Charles W. Mills, 79–105. London: Polity Press.

Mkandawire, Thandika. 2009. "From the National Question to the Social Question." *Transformation: Critical Perspectives on Southern Africa*, 69:130–160.

Mkandawire, Thandika. 2006. *Disempowering New Democracies and the Persistence of Poverty.* Programme on Democracy, Governance and Human Rights, Paper Nr. 21. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Mkandawire, Thandika. 2004. "Social Policy in a Development Context: Introduction." In *Social Policy in a Development Context*, herausgegeben von Thandika Mkandawire, 1–33. Basingstoke: Palgrave Macmillan und United Nations Research Institute for Social Development.

Monkelbaan, Joachim. 2021. *Sustainable and Just Economies*. Research Paper 2021–1. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Moraes Silva, Graziella, Matias López, Elisa Reis und Chana Teeger. 2022. "Who Are the Elite, What Do They Think about Inequality and Why Does It Matter? Lessons from Brazil and South Africa." In *Between Fault Lines and Front Lines: Shifting Power in an Unequal World*, herausgegeben von Katja Hujo und Maggie Carter, 151–174. London: Bloomsbury.

Mounk, Yascha. 2018. *The People vs. Democracy: Why Our Freedom Is in Danger and How to Save It*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Mudde, Cas und Cristobal Rovira Kaltwasser. 2017. *Populism: A Very Short Introduction*. Oxford: Oxford University Press.

Myers, A. 2020. "Coronavirus: NCA Calls on Trump to Support Candy Industry, UK Government Hires Former Nestlé Executive to Take Control of Food Security." *Confectionary News*, 23. März. https://www.confectionerynews.com/Article/2020/03/23/Coronavirus-NCA-calls-on-Trump-to-support-candy-industry-UK-government-hires-former-Nestle-executive-to-take-control-of-food-security.

Neumann, Barbara, Athanasios T. Vafeidis, Juliane Zimmermann und Robert J. Nicholls. 2015. "Future Coastal Population Growth and Exposure to Sea-Level Rise and Coastal Flooding: A Global Assessment." *PLOS ONE*, 10(3):e0118571.

Noam, Eli M. 2016. *Who Owns the World's Media: Media Concentration and Ownership around the World*. New York: Oxford University Press.

Noyoo, Ndangwa und Emmanuel Boon. 2021. "Nation-Building and the Nationalist Discourse: Revisiting Social Policy in Ghana and Zambia in the First Decade of Independence." In *Social Policy in the African Context,* herausgegeben von Jimi O. Adesina, 45–64. Dakar: Council for the Development of Social Science Research in Africa.

Nugent, Paul. 2010. "States and Social Contracts in Africa." *New Left Review*, 63:35–68.

OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development). 2021. *Global Outlook on Financing for Sustainable Development 2021: A New Way to Invest for People and Planet*. Paris: OECD Publishing.

Offe, Claus. 1976. "Crisis of Crisis Management: Elements of a Political Crisis Theory." *International Journal of Politics*, 6(3):29–67.

Oláh, Livia Sz. 2015. *Changing families in the European Union: Trends and policy implications*. Families and Societies Working Paper Series Nr. 44. Ein durch das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Union unter der Finanzhilfevereinbarung Nr. 320116 finanziertes Projekt.

Ortiz, Isabel, Sara Burke, Mohamed Berrada und Hernán Saenz Cortés. 2022. *World Protests: A Study of Key Protest Issues in the 21st Century*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Ortiz, Isabel und Matthew Cummins. 2021. *Global Austerity Alert Looming Budget Cuts in 2021–25 and Alternative Pathways*. New York: Initiative for Policy Dialogue.

Ortiz, Isabel, Matthew Cummins, Jeronim Capaldo und Kalaivani Karunanethy. 2020. *The Decade of Adjustment: A Review of Austerity Trends 2010–2020 in 187 Countries*. ILO Extension of Social Security Series Nr. 53. Genf: International Labour Organization.

Our World in Data. O.D.a. *Coronavirus (Covid-19) Vaccinations*. Oxford: University of Oxford. Zugriff am 20. September 2022. https://ourworldindata.org/covid-vaccinations.

Our World in Data. O.D.b. *Data on CO_2 and Greenhouse Gas Emissions*. Zugriff am 10. März 2022. https://github.com/owid/co2-data.

Oxfam. 2022a. *Inequality Kills: The Unparalleled Action Needed to Combat Unprecedented Inequality in the Wake of COVID-19*. Oxford: Oxfam International.

Oxfam. 2022b. *Profiting from Pain: The Urgency of Taxing the Rich amid a Surge in Billionaire Wealth and a Global Cost-of-Living Crisis*. Oxford: Oxfam International.

Oxfam. 2021. *The Inequality Virus: Bringing Together a World Torn Apart by Coronavirus through a Fair, Just and Sustainable Economy*. Oxford: Oxfam International.

Oxfam. 2020a. *Confronting Carbon Inequality: Putting Climate Justice at the Heart of the COVID-19 Recovery*. Oxford: Oxfam International.

Oxfam. 2020b. *Power, Profits and the Pandemic: From Corporate Extraction for the Few to an Economy That Works for All*. Oxford: Oxfam.

Oxfam. 2018. *Reward Work, Not Wealth*. Oxfam Briefing Paper. Oxford: Oxfam International.

Pateman, Carole. 1988. *The Sexual Contract*. Stanford: Stanford University Press.

Pathfinders for Peaceful, Just and Inclusive Societies. 2021. *From Rhetoric to Action: Delivering Equality & Inclusion*. New York: NYU Center on International Cooperation.

Paz Arauco, Verónica. 2020. "Domestic Resource Mobilization for Social Development in Bolivia (1985–2014): Protests, Hydrocarbons and a New State Project." In *The Politics of Domestic Resource Mobilization for Social Development*, herausgegeben von Katja Hujo, 269–303. Basingstoke: Palgrave Macmillan und United Nations Research Institute for Social Development.

Perry, Jonathan. 2021. *Trust in Public Institutions: Trends and Implications for Economic Security*. Decade of Action Policy Brief Nr. 108. New York: United Nations Department for Economics and Social Affairs.

Pettifor, Ann. 2019. *The Case for the Green New Deal*. Brooklyn, NY: Verso Books.

Phillips, Ben. 2020. *How to Fight Inequality (And Why That Fight Needs You)*. Cambridge: Polity.

Phillips, Nicola. 2017. "Power and Inequality in the Global Political Economy." *International Affairs*, 93(2):429–444.

Pires, Roberto. 2022. "Understanding Risks of Reproducing Inequalities in the Implementation of Inclusion Policies: Brazil, Mexico and Peru." In *Between Fault Lines and Front Lines: Shifting Power in an Unequal World*, herausgegeben von Katja Hujo und Maggie Carter, 98–114. London: Bloomsbury.

Pontusson, Jonas. 2018. *On the Relationship Between Economic and Political Inequality: What Do We Know and Where Do We Go from Here?* Overcoming Inequalities in a Fractured World: Conference Draft Paper. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Poteat Tonia, Gregorio Millett, LaRon E. Nelson und Chris Beyrer. 2020. "Understanding COVID-19 risks and vulnerabilities among black communities in America: The lethal force of syndemics." *Annals of Epidemioly*, 47:1–3.

Pribble, Jennifer. 2017. "Chile's Elites Face Demands for Reform." *Current History,* 116(787):49–54.

Prügl, Elisabeth, Fenneke Reysoo und Dzodzi Tsikata. 2021. "Agricultural and Land Commercialization: Feminist and Rights Perspectives." *The Journal of Peasant Studies*, 48(7):1419–1438.

Radačić, Ivana und Alda Facio. 2020. *Gender Equality and Gender Backlash*. Position Paper of the OHCHR working group on discrimination against women and girls. Genf: Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights.

Rajan, Raghuram. 2010. *Fault Lines: How Hidden Fractures Still Threaten the World Economy*. Princeton: Princeton University Press.

Rao, Nitya und R. Manimohan. 2020. *(Re-) Negotiating Gender and Class: New Forms of Cooperation Among Small-Scale Fishers in Tamil Nadu*. Occasional Paper: Overcoming Inequality in a Fractured World Nr. 11. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Raworth, Kate. 2018. *Doughnut Economics: Seven Ways to Think Like a 21st-Century Economist*. London: Chelsea Green.

Razavi, Shahra. 2007. *The Political and Social Economy of Care in a Development Context: Conceptual Issues, Research Questions and Policy Options*. Gender and Development Programme Paper Nr. 3. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Reich, Robert B. 1991. *The Work of Nations: Preparing Ourselves for 21st-Century Capitalism*. New York: A. A. Knopf.

Rockström, J., W. Steffen, K. Noone, Å. Persson, F. S. Chapin, III, E. Lambin, T. M. Lenton, M. Scheffer, C. Folke, H. Schellnhuber, B. Nykvist, C. A. De Wit, T. Hughes, S. van der Leeuw, H. Rodhe, S. Sörlin, P. K. Snyder, R. Costanza, U. Svedin, M. Falkenmark, L. Karlberg, R. W. Corell, V. J. Fabry, J. Hansen, B. Walker, D. Liverman, K. Richardson, P. Crutzen und J. Foley. 2009. "Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity." *Ecology and Society*, 14(2):32.

Roggeband, Conny und Andrea Krizsán. 2020. *Democratic Backsliding and the Backlash against Women's Rights: Understanding the Current Challenges for Feminist Politics*. UN Women Discussion Paper Series Nr. 35. New York: UN Women.

Rojas Scheffer, R. 2022. "Entangled Inequalities and Network Building: Organizational Experiences of Paid Domestic Workers in Uruguay and Paraguay." In *Between Fault Lines and Front Lines: Shifting Power in an Unequal World*, herausgegeben von Katja Hujo und Maggie Carter, 209–225. London: Bloomsbury.

Ross, Lukas. 2020. *Cashing in on COVID: Tax Breaks, Royalties and Stimulus Loans*. Amsterdam: Friends of the Earth.

Rothstein, Bo und Eric M. Uslaner. 2005. "All for All: Equality, Corruption, and Social Trust." *World Politics*, 58(1):41–72.

Rousseau, Jean-Jacques. 1762. *Du Contrat Social*. Paris: Gallimard/Folio Essais Nr. 233.

RTES (Réseau des collectivités Territoriales pour une Économie Solidaire). 2021. "Sénégal: vote d'une loi d'orientation de l'ess." *RTES*, 15. Juni. https://www.rtes.fr/senegal-vote-d-une-loi-d-orientation-de-l-ess

Sachs, Jeffrey, Guido Schmidt-Traub, Christian Kroll, Guillaume Lafortune, Grayson Fuller und Finn Woelm. 2020. *Sustainable Development Report 2020: The Sustainable Development Goals and COVID-19*. Cambridge: Cambridge University Press.

Schiffrin, Anya (Hrsg.). 2021. *Media Capture: How Money, Digital Platforms and Governments Control the News*. New York: Columbia University Press.

Seekings, Jeremy. 2022. "Elite Ideology, Public Opinion and the Persistence of Poverty and Inequality in East and Southern Africa." In *Between Fault Lines and Front Lines: Shifting Power in an Unequal World*, herausgegeben von Katja Hujo und Maggie Carter, 175–190. London: Bloomsbury.

Sen, Gita und Marina Durano. 2014. *The Remaking of Social Contracts: Feminists in a Fierce New World*. London: Zed Books.

Simarmata, Hendricus und Gusti Surtiari. 2020. *Adaptation to Climate Change: Decision Making and Opportunities for Transformation in Jakarta, Indonesia*. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Simson, Rebecca und J. Andrew Harris. 2020. "A Public and a Private University in One." *Equity in University Attendance in Kenya Since the Liberalization Reforms of the 1990s*. Working Paper Nr. 2020-1. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Slattery, Gram, Stephen Eisenhammer and Amanda Perobelli. 2020. "Imported by the Rich, Coronavirus Now Devastating Brazil's Poor." Reuters, 1. Mai.

Standing, Guy. 2019. *Plunder of the Commons: A Manifesto for Sharing Public Wealth*. London: Pelican.

Standing, Guy. 2014. *The Precariat: The New Dangerous Class*. New York: Bloomsbury.

Stewart, Frances. 2016. *The Dynamics of Horizontal Inequalities*. 2016 UNDP Human Development Report Think Piece. New York: United Nations Development Programme.

Stewart, Frances. 2013. *Approaches Towards Inequality and Inequity: Concepts, Measures and Policies*. Discussion Paper: Perspectives on Equity. Florence: United Nations Children's Fund Office of Research.

Stiglitz, Joseph E. 2012. *The Price of Inequality: How Today's Divided Society Endangers Our Future*. New York: W. W. Norton.

Stockhammer, Engelbert. 2015. "Rising Inequality as a Cause of the Present Crisis." *Cambridge Journal of Economics*, 39(3):935–958.

The Economist. 2022. "Are Some Countries Faking Their Covid-19 Death Counts?" 25. Februar. https://www.economist.com/graphic-detail/2022/02/25/are-some-countries-faking-their-covid-19-death-counts.

Therborn, Göran. 2014. "Los pactos en la teoría y en la historia social en Europa y la política de los Estados de bienestar: algunas experiencias." In *Pactos sociales para una protección social más inclusiva. Experiencias, obstáculos y posibilidades en América Latina y Europa*, herausgegeben von Martín Hopenhayn, Carlos Maldonado Valera, Rodrigo Martínez, María Nieves Rico und Ana Sojo, 134–140. Serie Seminarios y Conferencias Nr. 76. Santiago: Comisión Económica para América Latina y el Caribe.

Therborn, Göran. 2013. *The Killing Fields of Inequality*. Cambridge: Polity Press.

Torres-Tovar, Mauricio. 2019. "Movilización social en Colombia para la protección de la salud en el trabajo en un contexto de inequidad." Occasional Paper: Overcoming Inequality in a Fractured World Nr. 3. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Traber, Denise, Miriam Hänni, Nathalie Giger und Christian Breunig. 2021. "Social status, political priorities and unequal representation." *European Journal of Political Research*, 61(2): 351–373.

Tran, Minh und Dunja Krause. 2020. *Transformative Adaptation to Climate Change and Informal Settlements in Coastal Cities: Entry Points for Jakarta and Ho Chi Minh City*. Research Paper 2020-4. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Ulriksen, Marianne und Sophie Plagerson. 2014. "Social Protection: Rethinking Rights and Duties." *World Development*, 64:755–765.

UN (United Nations). 2022a. *Progress Towards the Sustainable Development Goals*. Report of the Secretary-General. Genf: UN.

UN (United Nations). 2022b. *Financing for Sustainable Development Report 2022: Bridging the Finance Divide*. Report of the Inter-agency Task Force on Financing for Development. New York: UN.

UN (United Nations). 2021a. *The Sustainable Development Goals Report*. New York: UN. https://unstats.un.org/sdgs/report/2021/extended-report/New York: United Nations.

UN (United Nations). 2021b. *Investing in Jobs and Social Protection for Poverty Eradication and a Sustainable Recovery*. Secretary General's Policy Brief, September. Genf: UN.

UN (United Nations). 2020a. *Policy Brief: The Impact of COVID-19 on Women*. New York: UN.

UN (United Nations). 2020b. *Protection Against Violence and Discrimination Based on Sexual Orientation and Gender Identity*. Report of the Independent Expert on protection against violence and discrimination based on sexual orientation and gender identity. A/75/258. New York: UN.

UN (United Nations). 2020c. *Report of the Special Rapporteur on the Rights of Indigenous Peoples*. New York: UN.

UN (United Nations). 2017. *Leaving No One Behind: Equality and Non-Discrimination at the Heart of Sustainable Development*. The United Nations System Shared Framework for Action. New York: UN System Chief Executives Board for Coordination.

UN (United Nations). 2015. *Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development*. New York: UN.

UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development). 2021. *Trade and Development Report—From Recovery to Resilience: The Development Dimension*. Genf: UNCTAD.

UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development). 2020. *Trade and Development Report—From Global Pandemic to Prosperity for All: Avoiding Another Lost Decade*. Genf: UNCTAD.

UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development). 2019. *Trade and Development Report—Financing a Global Green New Deal*. Genf: UNCTAD.

UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development). 2015. *World Investment Report*. Genf: UNCTAD.

UN DESA (United Nations Department of Economic and Social Affairs). 2022. *World Economic Situation and Prospects as of mid-2022*. New York: UN DESA.

UN DESA (United Nations Department of Economic and Social Affairs). 2020a. *World Social Report 2020: The Challenge of Inequality in a Rapidly Changing World*. New York: UN DESA.

UN DESA (United Nations Department for Economic and Social Affairs). 2020b. *International Migration 2020 Highlights*. New York: UN DESA.

UN DESA (United Nations Department of Economic and Social Affairs). 2020c. *HLPF 2020 Session: Protecting and Advancing Human Wellbeing and Ending Poverty. Background Note*. New York: UN DESA.

UNDP (United Nations Development Programme). 2022. *New Threats to Human Security in the Anthropocene: Demanding Greater Solidarity*. Special Report. New York: UNDP.

UNDP (United Nations Development Programme). 2021. *Regional HDR for LAC. Trapped: High Inequality and Low Growth in Latin America and the Caribbean*. New York: UNDP.

UNDP (United Nations Development Programme). 2020. *Human Development Report 2020—The Next Frontier: Human Development and the Anthropocene*. New York: UNDP.

UNDP (United Nations Development Programme). 2019. *Human Development Report 2019—Beyond Income, Beyond Averages, Beyond Today: Inequalities in Human Development in the 21st Century*. New York: UNDP.

UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization), Global Education Monitoring Report and International Institute for Educational Planning. 2017. *Six Ways to Ensure Higher Education Leaves No One Behind*. Policy Paper 30. Paris: UNESCO.

UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees). 2022. *Ukraine, Other Conflicts Push Forcibly Displaced Total Over 100 Million for First Time*. UNHCR News, 23. Mai. https://www.unhcr.org/news/press/2022/5/628a389e4/unhcr-ukraine-other-conflicts-push-forcibly-displaced-total-100-million.html.

Unmüßig, Barbara, Wolfgang Sachs und Thomas Fatheuer. 2012. *Critique of the Green Economy: Toward Social and Environmental Equity*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

UNRISD (United Nations Research Institute for Social Development). 2021a. *Bringing Social Justice into Climate Change Adaptation in Ho Chi Minh City, Viet Nam*. Research and Policy Brief Nr. 35. Genf: UNRISD.

UNRISD (United Nations Research Institute for Social Development). 2021b. *Transforming Adaptation Planning and Governance in Jakarta, Indonesia*. Research and Policy Brief Nr. 36. Genf: UNRISD.

UNRISD (United Nations Research Institute for Social Development). 2018a. *Revalorization of Social Reproduction Through Social and Solidarity Economy Practices*. Issue Brief Nr. 6. Geneva: UNRISD.

UNRISD (United Nations Research Institute for Social Development). 2018b. *Solidarity Practices and the Formation of Political Subjects and Actions for Change*. Issue Brief Nr. 7. Genf: UNRISD.

UNRISD (United Nations Research Institute for Social Development). 2018c. *Making Public Policies for SSE Sustainable, Feminist-Conscious and Transformative: Exploring the Challenges*. Issue Brief Nr. 8. Genf: UNRISD.

UNRISD (United Nations Research Institute for Social Development). 2016. *Policy Innovations for Transformative Change: Implementing the 2030 Agenda for Sustainable Development*. Genf: UNRISD.

UNRISD (United Nations Research Institute for Social Development). 2010. *Combating Poverty and Inequality: Structural Change, Social Policy and Politics*. Genf: UNRISD.

UNRISD (United Nations Research Institute for Social Development). 2000. *Visible Hands: Taking Responsibility for Social Development*. Genf: UNRISD.

UN Women. 2021. *Universal Basic Income: Potential and Limitations from a Gender Perspective*. Policy Brief Nr. 22. New York: UN Women.

UN Women. 2020a. *Whose time to care? Unpaid care and domestic work during COVID-19*. Genf: UN Women.

UN Women. 2020b. *Progress on the Sustainable Development Goals: The Gender Snapshot 2020*. New York: UN Women

UN Women. 2020c. *From Insights to Action: Gender Equality in the Wake of COVID-19*. New York: UN Women.

UN Women. 2020d. *Covid-19 and the Care Economy: Immediate Action and Structural Transformation for a Gender-Responsive Recovery*. New York: UN Women.

UN Women 2019. *Progress of the World's Women 2019–2020: Families in a Changing World*. New York: UN Women.

UN Women. 2018. *Turning Promises into Action: Gender Equality in the 2030 Agenda for Sustainable Development*. New York: UN Women.

Utting, Peter (Hrsg.). 2015. *Social and Solidarity Economy: Beyond the Fringe*. London: Zed Books und United Nations Research Institute for Social Development.

Utting, Peter und Kelly O'Neill. 2020. *Accounting for Sustainability: What Can and Should Corporations Be Doing?* Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Utting, Peter, Shahra Razavi und Rebecca Buchholz (Hg.). 2012. *The Global Crisis and Transformative Social Change*. Basingstoke: Palgrave Macmillan und United Nations Research Institute for Social Development.

Vaugirard, V. 2007. "Financial Instability, Political Crises and Contagion." *Recherches économiques de Louvain*, 73(4):347–367.

WHO (World Health Organization). O.D. *WHO Coronavirus (COVID-19) Dashboard*. Genf: WHO. Zugriff am 26. Mai 2022. https://covid19.who.int/.

Wilkinson, Richard und Kate Pickett. 2009. *The Spirit Level: Why More Equal Societies Almost Always Do Better*. London: Allen Lane.

WMO (World Meteorological Organization). 2021. *WMO Atlas of Mortality and Economic Loss from Weather, Climate and Water Extremes*. Genf: WMO.

WWF (World Wildlife Fund). 2020. *Living Planet Report 2020: Bending the Curve of Biodiversity Loss*. Gland: WWF.

Yi, Ilcheong. 2017. *Localizing the SDGs through Social and Solidarity Economy*. Research and Policy Brief Nr. 24. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.

Yu, Vicente Paolo III. 2021. *Green Deals and Implications for the Global South*. Penang: Third World Network.

Zakaria, Fareed. 1997. "The Rise of Illiberal Democracy." *Foreign Affairs*, 76(6):22–43.

Bildnachweis

Die Infografiken wurden von Sergio Sandoval entworfen. Die in diesem Bericht verwendeten Fotos stammen von Annie Spratt, Bernard Hermant, BP Miller, CDD20, Chastagner Thierry, Femke Schreurs, Geoff Greenwood, George Pagan, Giulia May, Gradienta, Malu Laker, Olia Danilevich, Patrick Perkins, Philipp Potocnik, Ryunosuke Kikuno, Sean Fahrenbruch, Thomas Lefebvre (öffentlich zugänglich über Unsplash und Pexels), Banco Mundial América Latina y el Caribe (CC-BY-NC-ND 2. 0), Mat McDermott (CC-BY), Roo Pitt (CC-BY-2.0), Steven Paul Whitsitt (CC-BY-NC-SA 2.0) via Flickr. Icons von Achmad, Adrien Coquet, Alex Burte, Amiryshakiel, Andi, Arthur Shlain, Arosh Khan, Astatine Lab, Aybige, Christian Wad, Diyah Aisyah, Dmitry Kovalev, Farra Nugraha, Icons Bazaar, Komar Dews, Marius Edel, Nithian Tatal, ProSymbols, Rainbow Designs, Sanzhar Axani, Vectoriconset10, Win Cahyono (via The Noun Project).

KRISEN DER UNGLEICHHEIT

Machtstrukturen ändern für einen neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrag

Es gibt vielleicht keinen stärkeren Beweis für die dringende Notwendigkeit, unser globales System neu zu gestalten, als die Tatsache, dass eine globale Gesundheitskrise den Reichtum der zehn reichsten Männer der Welt verdoppelt hat, während mehr als 120 Millionen Menschen in extreme Armut gestürzt wurden. Dieser UNRISD-Flagship-Bericht zeigt, wie Ungleichheiten und Krisen sich gegenseitig verstärken und zu extremer Disparität, Vulnerabilität und mangelnder Nachhaltigkeit führen. Er argumentiert, dass dies nicht das Ergebnis eines kaputten Systems ist, sondern eines Systems, in dem Ungleichheit und Ungerechtigkeit von vornherein eingebaut sind. Der Gesellschaftsvertrag ist aus den Fugen geraten, und dies zum großen Nachteil der Menschen und des Planeten.

Der Bericht bringt die vielfältigen Krisen und zunehmenden Ungleichheiten, mit denen wir konfrontiert sind, mit den politischen Entscheidungen in Verbindung, die im Zeitalter der neoliberalen Hyperglobalisierung getroffen wurden. Die Folgen für die nachhaltige Entwicklung und für benachteiligte soziale Gruppen werden anhand der Konzepte der Intersektionalität und der Macht beleuchtet.

Um Ungleichheit zu bekämpfen, den Kreislauf multipler und ineinandergreifender Krisen zu durchbrechen und auf eine gleichberechtigte, gerechtere und nachhaltigere Zukunft hinzuarbeiten, schlägt der Bericht die Schaffung eines neuen ökosozialen Gesellschaftsvertrags und eines politischen Ansatzes vor, der auf alternativen Wirtschaftsformen, einer transformativen Sozialpolitik, einem neu konzipierten Multilateralismus und gestärkten Solidaritätsprinzipien beruht.

UNRISD
United Nations Research Institute for Social Development